

**Konsequenzen der
Föderalismusreform für
Hochschulen und Wissenschaft**
HRK-Jahresversammlung 2010

Berlin, 10. Mai 2010

Beiträge zur Hochschulpolitik 1/2011

Diese Publikation dokumentiert
die Jahresversammlung der
Hochschulrektorenkonferenz
im Mai 2010 in Berlin.

This publication is a documentation of
the Annual Meeting of the German
Rectors' Conference, held in
Mai 2010 in Berlin.

Beiträge zur Hochschulpolitik
1/2011

Herausgegeben von der
Hochschulrektorenkonferenz

Redaktion:
Dr. Ulrich Meyer-Doeringhaus, Petra Löllgen

Ahrstr. 39, 53175 Bonn
Tel.: 0228/887-0
Fax: 0228/887-110
www.hrk.de

Bonn, Februar 2011

Nachdruck und Verwendung in
elektronischen Systemen – auch
auszugsweise – nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung durch die
Hochschulrektorenkonferenz.

Reprinting and use in electronic systems of
this document or extracts from it are subject
to the prior written approval of the German
Rectors' Conference.

ISBN 978-3-938738-95-5

Inhaltsverzeichnis

Festveranstaltung

Eröffnung Professor Dr. Margret Wintermantel Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz	5
Grußwort Horst Köhler Bundespräsident	7
Begrüßung Professor Dr. Dr. h.c. Christoph Marksches Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin	14
Streitgespräch „Konsequenzen der Föderalismusreform für Hochschulen und Wissenschaft“ Moderation: Professor Dr. Margret Wintermantel	18
Professor Dr. Wolfgang Renzsch Geschäftsführender Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Magdeburg	
Professor Dr. Fritz W. Scharpf Direktor Emeritus des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln	
Verleihung des Ars legendi-Preises für exzellente Hochschullehre	
Professor Dr. Margret Wintermantel Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz	38

Einführung	
Professor Dr. Andreas Schlüter	39
Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft	
Laudatio	
Karina Berenzen	44
Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Mitglied der Jury	
Dankesrede des Ars legendi-Preisträgers	
Professor Dr. Walter Grünzweig	48
Technische Universität Dortmund	
Schlusswort	
Professor Dr. Margret Wintermantel	54
Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz	

Festveranstaltung

Eröffnung

Professor Dr. Margret Wintermantel

Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz

Hochverehrter Herr Bundespräsident,
Exzellenzen,
sehr geehrte Damen und Herren Ministerinnen und Minister,
Staatssekretärinnen und Staatssekretäre,
Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Landtage,
Präsidenten und Vorsitzende der Wissenschaftsorganisationen,
Präsidentinnen und Präsidenten, Rektorinnen und Rektoren der
Mitgliedshochschulen, Professorinnen und Professoren,
liebe Studierende,
meine Damen und Herren,

mit aufrichtiger Freude und festlicher Erwartung begrüße ich Sie zur
Jahresversammlung der Hochschulrektorenkonferenz hier an der
Humboldt-Universität zu Berlin. Es ist uns eine Ehre, dass Sie so zahlreich
gekommen sind. Namens der Hochschulrektorenkonferenz danke ich
Ihnen dafür herzlich.

Die Humboldt-Universität feiert in diesem Jahr ihr 200-jähriges Bestehen.
Wenn wir uns heute hier versammeln, so tun wir dies auch, um dieser
Universität und ihrer Gründungsidee unsere Referenz zu erweisen.

Mit der Gründung dieser Universität verfolgte Wilhelm von Humboldt,
damals für einen kurzen Zeitraum Geheimer Staatsrat und Direktor der
Sektion für Kultus und Unterricht im Ministerium des Innern, die
Verwirklichung seiner Ideale. Und dies ist mehr als die Einheit von
Forschung und Lehre. Die Universität sollte der Ort sein, an dem
autonome Individuen und Weltbürger hervorgebracht werden.
Humboldts Denken zielte auf akademische Freiheit der Universität und

Unabhängigkeit von staatlichen und wirtschaftlichen Einflüssen ab. Das Humboldtsche Bildungsideal hat die deutschen Universitäten geprägt wie kein anderes.

Mein Gruß und Dank gilt dem Präsidenten der Humboldt-Universität, Herrn Kollegen Marksches, für die Einladung zur Ausrichtung dieser Jahresversammlung und für die Unterstützung bei deren Vorbereitung. Er wird später noch zu uns sprechen.

Namentlich begrüßen will ich auch die beiden Teilnehmer unseres heutigen Streitgesprächs „Hochschulen im Föderalismus“, Herrn Professor Dr. Wolfgang Renzsch von der Universität Magdeburg und Herrn Professor Dr. Fritz W. Scharpf, Direktor Emeritus des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln. Der Bildungsbereich war zu Zeiten der Bundesstaatskommission Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Vom Konkurrenzföderalismus als besserem Modell sprachen die einen, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Gefahr sahen die anderen. Vier Jahre nach der Grundgesetzänderung erscheint es an der Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen und weitere Perspektiven aufzuzeigen. Ich freue mich auf diesen Meinungsaustausch.

Dies ist ein großer Tag für die deutschen Hochschulen. Herr Bundespräsident, Sie beehren uns mit Ihrer Anwesenheit und werden gleich zu uns sprechen. Sie haben oft gesagt, dass die Bildung die wichtigste Ressource ist, über die wir in Deutschland verfügen, und Sie haben vor wenigen Wochen öffentlich die Disparität zwischen den umfangreichen Aufwendungen für staatliche Sozialleistungen auf der einen Seite und den vergleichsweise geringen Aufwendungen für die Bildung angesprochen. Ihre klaren Worte haben deutlichen Widerhall gefunden. Wenn heute große finanzielle Anstrengungen unternommen werden, mehr in Bildung, Wissenschaft und Forschung zu investieren, und wenn der Wert dieser Investition für unsere Zukunft klarer gesehen wird, so ist dies auch ihr Verdienst.

Herr Bundespräsident, Sie haben das Wort.

Grußwort

Horst Köhler
Bundespräsident

Es ist eine schöne Geste, die Jahresversammlung der Hochschulrektorenkonferenz zum 200. Geburtstag der Humboldt-Universität hier tagen zu lassen. Das Erbe ihres Gründers, Wilhelm von Humboldt, wird heute oft beschworen – vielleicht ein wenig zu oft. Aber die Grundfragen, die den großen Bildungsreformer damals umtrieben – in einer Zeit der tiefen staatlichen Krise übrigens – sind tatsächlich heute so aktuell wie nur je:

Welche Fähigkeiten, welches Wissen, welche Bildung brauchen die nachrückenden Generationen, welchen Platz sollen sie in unserer Gesellschaft einnehmen – und wie müssen deshalb unsere Hochschulen aussehen? Das waren Humboldts Fragen, es sind die unseren, und darum ist dies ein guter Ort, um darüber nachzudenken, wie der zeitgemäße Auftrag der Hochschulen lautet und wie er verwirklicht werden kann.

Wir alle kennen die aktuellen Probleme des deutschen Hochschulwesens: seine chronische Unterfinanzierung, die wehenreiche Umstellung der Studienstrukturen, die Verbesserung der Qualität der Lehre. Wir wissen um die Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht: den Abbau der Staatsverschuldung, damit wir und unsere Nachkommen politisch handlungs- und gestaltungsfähig bleiben; den Umbau unserer Wirtschafts- und Lebensweise hin zu einer ökologisch nachhaltigen und den Umbau unseres Sozialstaates hin zu einem investiv-vorsorgenden.

Aber sind wir uns auch wirklich bewusst, wie eng unsere Fähigkeit, Lösungen für diese und andere Herausforderungen zu finden, mit der Leistungsfähigkeit unseres Hochschulsystems zusammenhängt? Die Menschen, von denen wir – in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft – diese Lösungen erhoffen, wurden und werden nicht zuletzt an unseren Hochschulen gebildet. Wir brauchen also leistungsfähige Hochschulen, um die vor uns liegenden Aufgaben zu bewältigen.

Die Erwartungen, was Hochschulen leisten sollen, haben sich im Laufe der Zeiten immer wieder verändert. Sie sind gerade in den vergangenen Jahren nicht kleiner geworden. Der Kernauftrag – Forschung und Lehre, die sich wechselseitig befruchten – ist geblieben. Aber Vieles ist hinzugekommen: Hochschulen sollen in ihrer Forschung nicht nur kreativ und unabhängig, sondern möglichst auch gesellschaftlich nützlich sein. Sie sollen immer mehr junge Menschen akademisch bilden, und das besser und schneller. Sie sollen Orte lebenslangen Lernens sein und dafür neben weiterbildenden Studiengängen möglichst auch Kinderuniversitäten, Schülerlabore, Seniorenakademien und ähnliches mehr anbieten. Sie sollen in ihre Region ausstrahlen, die regionalen Unternehmen beflügeln und sich zugleich den Fragen, den Studierenden und den Wissenschaftlern der ganzen Welt öffnen. Ihre Absolventen sollen hoch spezialisierte Experten sein, die zugleich über den Tellerrand der eigenen Disziplin hinausblicken, über den Tag hinaus denken und Verantwortung in der Gesellschaft übernehmen. Die Liste ließe sich noch lange erweitern.

Jede einzelne Erwartung ist berechtigt. Und doch wird kaum eine Hochschule allen Erwartungen in gleicher Weise gerecht werden können. Das schadet nicht. Es ist auch für Hochschulen normal, verschieden zu sein, Stärken und Schwächen zu haben. Diese Erkenntnis hat sich erst in den letzten Jahren durchgesetzt. Ich glaube, sie ist hilfreich. Für Sie als Hochschulrektoren und -präsidenten sollte sie ein Ansporn sein, möglichst viele Stärken zu kultivieren und möglichst wenige Schwächen zu tolerieren. Ich denke: Dafür haben Sie durchaus Raum.

Denn nicht nur die Vielfalt der Erwartungen ist in den letzten Jahren gewachsen, sondern auch die Autonomie der Hochschulen und mit ihr die Verantwortung und die Gestaltungsmöglichkeiten derer, die Hochschulen leiten. Wer heute Präsident oder Präsidentin, Rektor oder Rektorin einer deutschen Universität ist, muss Wissenschaftler und Wissenschaftsmanager sein, muss die oft divergierenden Interessen von Politik und Gesellschaft, aber auch die der unterschiedlichen Fächer und Gruppen an seiner Hochschule „unter einen Hut bringen“, muss einen Blick für Zukunftsthemen haben, muss Reformprozesse auch gegen Widerstände voranbringen, muss den laufenden Betrieb trotz der vielen

Baustellen auf hohem Niveau halten, muss seine Hochschule in der Öffentlichkeit gut verkaufen und ihre Erkenntnisse im Wege des Wissenstransfers möglichst professionell vermarkten, muss zugleich den Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft an bestimmten Qualifikationen im Blick behalten, kurz: muss viel leisten und viel aushalten können.

Sie allein können diese Erwartungen nicht erfüllen, und ebenso wenig können Sie die Probleme Ihrer Hochschule – und die der Hochschulen insgesamt – im Alleingang lösen. Sie sind bei Ihrer Arbeit auf breite Unterstützung angewiesen. Dazu gehört übrigens auch eine professionelle Hochschulverwaltung, die gut auf ihre verantwortungsvolle Arbeit vorbereitet ist. Wahr ist aber auch: Davon, wie Sie Ihr Amt verstehen und wie Sie Ihren Aufgaben gerecht werden, hängt viel ab – zum Glück!

Nehmen wir das Ziel, mehr Menschen zu einem Studium zu befähigen: Zwar ist und bleibt die Voraussetzung dafür zunächst eine gute Schulbildung. Keinen Schüler zurückzulassen, das sind wir nicht nur den jungen Menschen schuldig, das ist auch im Hinblick auf den Zusammenhalt unserer Gesellschaft langfristig entscheidend und bleibt deshalb eine drängende Aufgabe der Bildungspolitik. Aber auch Sie können in den Hochschulen einen zentralen Beitrag dazu leisten. Viele Hochschulen bieten schon heute Veranstaltungen für Schüler an: von Kinderuniversitäten über gelegentliche Einblicke in den Forschungsalltag an Hochschulen bis hin zum Schnupperstudium. Ich möchte Sie ermutigen: Setzen Sie Ihr Engagement, wo es solche Initiativen bereits gibt, beherzt fort. Und scheuen Sie sich nicht, wo das noch nicht der Fall ist, voneinander zu lernen: Welche Möglichkeiten gibt es? Was hat sich bewährt? Was könnte für Ihre Hochschule in Frage kommen? Mehr voneinander lernen – hier sind übrigens nicht nur die Hochschulen gefragt. Ich finde, das gilt in gleicher Weise für die Länder.

Nehmen wir die Qualität der Lehre: Sie ist Kernauftrag der Hochschulen. Der Wissenschaftsrat hat in seinen Empfehlungen darauf hingewiesen, dass die Zahl der Studierenden seit Anfang der 70er-Jahre um das 3-Fache, die der Professoren aber nur um das 1,8-Fache gestiegen ist. Und er hat klar Maßnahmen und Kosten für eine Verbesserung der Lehre

benannt. Auch hier gilt: Sie sind darauf angewiesen, dass die politisch Verantwortlichen die rechtlichen und die finanziellen Rahmenbedingungen für die Umsetzung dieser Empfehlungen schaffen. Aber auch auf diesem Feld haben Sie als Rektoren und Präsidenten Einiges in der eigenen Hand. Entscheidend für gute Lehre sind zunächst Hochschullehrer, die sich auch als solche verstehen, die etwas von Lehre verstehen und dafür auch die gebührende Anerkennung erhalten. Tun die Universitäten genug, um ihren wissenschaftlichen Nachwuchs auch didaktisch zu schulen und weiterzubilden? Wie steht es um die Kultur der Wertschätzung guter Lehrleistungen? Ich freue mich, dass es auf diesem Gebiet immer mehr Initiativen gibt – wie etwa den Ars legendi-Preis, den Sie gemeinsam mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft im Anschluss an diese Veranstaltung verleihen.

In der Hand der Hochschulen liegt es auch, die Studien- und Prüfungsordnungen sinnvoll weiterzuentwickeln. Auch hier sind die Anforderungen vielfältig und gewiss nicht einfach zu vereinbaren. Im Studium sollen die Studierenden ja nicht nur die Grundlagen ihres Faches kennenlernen, sondern auch Zeit und Gelegenheit haben, sich jenseits der Grenzen ihres Faches zu orientieren. Sie sollen die Fähigkeit und die Bereitschaft entwickeln, sich immer wieder neuen Fragen zu stellen und Verantwortung zu übernehmen. Gerade das Fehlen dieser Zeit und dieser Gelegenheiten haben viele Studierende in den letzten Monaten beklagt. Ich hoffe sehr, dass die zurzeit laufenden Gespräche von Politik, Hochschulleitungen und Studierenden konstruktiv geführt werden und zu guten Ergebnissen führen, und dass die kritischen Stimmen der demonstrierenden Studenten ernst genommen werden. Ich betone es noch einmal: Sie allein können es nicht richten; aber ohne Ihren Beitrag sind die Bemühungen zum Scheitern verurteilt.

Zu Ihren Herausforderungen gehören gegenwärtig auch die bevorstehenden doppelten Abiturjahrgänge. Es ist gut, dass mit dem Hochschulpakt im Hinblick auf die steigenden Studierendenzahlen für die kommenden Jahre Vorsorge getroffen worden ist. Es kann aber nicht darum gehen, diesen Berg abzutragen und danach wieder den Gang hinab ins Tal niedriger Studienanfängerquoten anzutreten, sondern es muss gelingen, die Studierendenzahlen langfristig – um im Bild zu

bleiben – auf einer ‚Hochebene‘ zu halten. All das zeigt: Sie müssen nicht nur die aktuellen, sondern auch die mittel- und langfristigen Aufgaben im Blick behalten. Und auch wenn sich gerade im letzten Jahrzehnt schon enorm viel bewegt hat in den deutschen Hochschulen – der Wandlungsprozess wird, ja er muss weitergehen. Denn auch die Welt verändert sich rasant.

Dreierlei halte ich für besonders wichtig: Zum einen ist der internationale Wettbewerb um die klügsten Köpfe gewaltig gewachsen, unsere Universitäten müssen sich da gut positionieren. Im eigenen, nationalen Interesse müssen wir das, was unser Wissenschaftssystem kann und leistet, noch mehr für Studierende aus anderen Ländern öffnen und attraktiv machen – und zwar gerade auch aus solchen Ländern, die heute noch eher an der Peripherie unserer Wahrnehmung liegen. Das hilft diesen Ländern bei einer zukunftsverträglichen Entwicklung und macht uns vertraut mit aufstrebenden Nationen und künftigen Handelspartnern. Auch mit Blick auf den demographischen Wandel sind wir gut beraten, erfolgreichen Studierenden und Wissenschaftlern aus dem Ausland hier eine neue Heimat zu bieten. Die Internationalisierung der akademischen Welt kann auch einen Beitrag leisten zu einem gesellschaftlichen Klima der Offenheit für kulturelle Vielfalt – auch das ist ganz wichtig für eine gute Zukunft.

Zum zweiten dürfen wir über all den strukturellen Veränderungen die Inhalte und Ziele nicht vergessen. Welches Wissen brauchen wir im 21. Jahrhundert? Wie müssen Curricula gestaltet sein? Wie können neue Zusammenhänge zwischen den Disziplinen geschaffen werden, wenn Probleme nicht mehr in den gewohnten Bahnen zu untersuchen sind? Wir fangen ja gerade erst an zu verstehen, wie komplexe Systeme funktionieren. Von den Wissenschaften erhoffen wir Antworten auf diese Komplexitäten und von Ihnen als Hochschulmanager, dass Sie den Raum dafür schaffen. Und schließlich muss Wissenschaft noch viel mehr als bisher mit Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vernetzt werden. Denn nur gemeinsam können gute Lösungen auch umgesetzt werden.

Das ist ein gewaltiger, spannender Katalog an Herausforderungen. Mit der Hochschulrektorenkonferenz haben Sie sich eine Institution

geschaffen, die aktiv und engagiert dazu beiträgt, die eben skizzierten Herausforderungen anzugehen. Eine Institution, die Ihre Interessen bündelt und artikuliert und zugleich auch den Blick auf das Gemeinwohl hat, denn was aus Sicht einer einzelnen Hochschule gut ist, kann für das Hochschulsystem insgesamt fatale Folgen haben – etwa der Verzicht auf ein Kleines Fach, das nicht in das Profil einer Hochschule passt. Ich begrüße die Bemühungen der HRK, zum Erhalt der Kleinen Fächer beizutragen, und zähle darauf, dass Sie als Mitglieder der HRK sich der Verantwortung für Ihre jeweilige Hochschule stellen. Für all das vielen Dank!

Danken möchte ich an dieser Stelle aber auch den Regierungen von Bund und Ländern: Mit der Einigung auf den Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative und den Pakt für Forschung machen Sie deutlich, dass Sie – trotz der schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte – die Bedeutung der Aufgabe erkannt haben. Aber so richtig und wichtig diese Initiativen sind, so bedenklich ist es, dass es immer noch eine strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen gibt. Hochschulautonomie kann nicht heißen, Hochschulen zuerst in die Freiheit und dann sich selbst zu überlassen. Zur Freiheit gehören die erforderlichen Mittel, um die gewonnenen Spielräume zu gestalten, statt bloß den Mangel zu verwalten.

Ich erwarte, dass Bund und Länder an dem in Dresden beschlossenen 10-Prozent-Ziel auch dann festhalten, wenn die Schuldenbremse greift. Aber ich frage mich, wie es dazu passt, dass einige Länder mit dem Hinweis auf ihre Haushaltslage die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft kürzen wollen. Ich habe bei anderer Gelegenheit schon darauf hingewiesen: Uns steht eine Dekade des Sparens bevor. Bei aller Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung in den nächsten zehn Jahren müssen wir aber auch wissen, wo wir nicht sparen dürfen. Und das sind Bildung und Wissenschaft. Diese Kraft müssen wir haben. Und gegebenenfalls wird man auch fragen müssen, ob nicht die derzeit geltenden Bedingungen des Föderalismus selbst auf den Prüfstand gehören. Auf die anschließende Diskussion bin ich deshalb sehr gespannt. Ich verspreche Ihnen, ich werde weiter sehr genau verfolgen, wie es gelingt, das Ziel ‚gute Bildung für alle‘ – und das heißt auch: gute

Hochschulbildung für alle Studierenden – zu erreichen. Denn das ist die Schlüsselfrage für die Zukunft unseres Landes.

Begrüßung

Professor Dr. Dr. h.c. Christoph Markschie

Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Begrüßungen haben, wie wir alle wissen, verehrter Herr Bundespräsident, verehrte Frau Wintermantel, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren, ihre topischen Elemente. Das mag so angehen, das sind wir gewöhnt. Und wir sind gelegentlich auch ganz dankbar dafür. In diesem großen Jubiläumsjahr der Humboldtschen Universität, zugleich dem Jubiläumsjahr dieser Humboldt-Universität, der Berliner Universität Unter den Linden – ja, in diesem Jubiläumsjahr stellen wir leider auch fest, dass die Grußworte und Reden zum Jubiläumsjahr ihre topischen Elemente haben. Ich erlaube mir, entsprechende Beobachtungen ein klein wenig zuzuspitzen: Da sind zum einen die Festtagsredner, die mit großem Tremolo in der Stimme die großen Formeln der Humboldtschen Universität durch die Gegend tragen, beispielsweise die berühmte Formel der 'Einheit von Forschung und Lehre', aber nie viel Humboldt gelesen haben und nicht ahnen, dass die meisten dieser Formeln erst zum hundertjährigen Jubiläum oder, noch kurioser, erst in den großen Bildungsdebatten der jungen Bundesrepublik geprägt worden sind. Ich habe bei vielem Schelsky im Verdacht, aber, meine Damen und Herren, dies ist eine Begrüßung und kein philologisches Kolloquium zur jüngeren Bildungsterminologie, für das ich als Kirchenhistoriker auch kaum berufen wäre und also hübsch bei meinen topischen Leisten bleiben sollte. Warum kümmern wir uns so selten um die wunderbaren Ergebnisse, die uns Wissenschaftsgeschichtler und Hochschulforscher seit Jahren zum Thema frei Haus liefern und lassen die beständige Wiederholung der alten Formeln so widerstandslos zu?

Dann gibt es bei den Jubiläumsbeiträgen zur Humboldtschen Universität in diesem Jahr die Propheten, die ebenfalls mit viel Tremolo den Untergang des Humboldtschen Abendlandes ankündigen, am Anfang Bologna und am Ende auch, wir kennen das und dürften das auch in diesem Semester wieder erleben. Auch die haben die Gründungstexte der Berliner Universität meist nur oberflächlich gelesen; mindestens

Schleiermacher hält die Berufsbildung in einigen Studiengängen wie Jura, Medizin und Theologie für einen integralen Bestandteil der reformierten Universitas litterarum; die Polemik gegen die französischen Écoles fällt nicht bei allen Reformern so zeitbedingt und radikal aus, wie man gern glaubt. Warum muss es immer so radikal zugehen, wenn das Thema Universitätsreform in Deutschland traktiert wird? Warum rufen die einen den Untergang des Abendlandes aus und die anderen reden sich die Lage schön? Es gibt insbesondere beim Thema Berufsbezogenheit viel zu tun an deutschen Universitäten, wie sollte das auch anders sein bei einer sich so rasch und tiefgründig wandelnden Berufslandschaft? Und es gibt auch im Blick auf Bologna-Studiengänge allerlei zu tun, aber es wird doch auch viel getan und davon darf man doch ruhig auch einmal reden.

Und dann gibt es im Jubiläumsjahr noch eine dritte Gruppe. Das sind die klugen Historiker, denen aufgefallen ist, dass Humboldt nur einer der Väter der Humboldtschen Universität war (übrigens war das das zentrale historische Ergebnis des großen Jubiläums von 1910), im 19. Jahrhundert praktisch nie von ihm die Rede war (schließlich machte sich das auch nicht gut, anlässlich von Kaisers Geburtstag auf ein Mitglied einer Familie zu verweisen, die gar nicht zur alten preußischen Nobilität gehörte) und die Humboldt-Universität nur in sehr eingeschränktem Sinne Humboldts und der anderen Gründerväter Visionen entsprach: Die Friedrich-Wilhelms-Universität war eben keine staatsferne Stiftungshochschule, sondern die preußische und reichsdeutsche Staatshochschule mit allen auch schrecklichen Konsequenzen; die Bücherverbrennung draußen auf dem Opernplatz, an die wir auf dem heutigen Bebelplatz heute erinnern, steht in direktem Zusammenhang mit der Antrittsvorlesung eines Professors für politische Pädagogik, der übrigens im einstigen Dienstzimmer von Carl Heinrich Becker unterkam – Becker und Bäumler, erst beides zusammen macht die Tradition, derer heute zu gedenken ist und die nur partiell zu feiern ist.

Staatstragendes Tremolo, Weltuntergangsprophetie oder schlichter Dekonstruktivismus der großen Jubiläumsmythen – das sind zwar verbreitete, aber dann doch einer Universität, einer Versammlung so vieler Universitäten und Hochschulen etwas unangemessene Formen des Gedenkens an einen großen Aufbruch vor zweihundert Jahren. An einen

Aufbruch aus einer schweren politischen und finanziellen Krise, um das Wort Disaster einmal nicht zu bemühen. Wir alle, Herr Bundespräsident, meine Damen und Herren, wissen, dass es im deutschen Hochschulsystem eine ganze Reihe von schwerwiegenden Problemen gibt, nicht nur, aber auch erhebliche finanzielle Probleme. Wie man Probleme lösen könnte, wissen eigentlich die meisten und es macht wenig Spaß, das immer wieder und wieder zu sagen, weil ein paar politische Voraussetzungen fehlen – ich will dieses alte, garstige Lied heute zur festlichen Versammlung nicht singen. Denn wir wissen doch auch, dass wirkliche Reform und Behebung dieser Probleme auf unserer Seite einen entschlossenen, fröhlichen Reformgeist und Leidenschaft für die Sache der Wissenschaft, Leidenschaft für die Lehre wie für die Forschung voraussetzt, jenseits der üblichen wohlfeilen Parolen und Formeln. Die gilt es zu wecken, wie jeder weiß, der einmal eine große amerikanische oder eine chinesische Universität von Ferne gesehen hat. Ich möchte Ihnen allen jenseits aller Topik eines Jubiläums meine Erfahrung aus dem Jubiläumsjahr weitergeben, dass die zweihundert Jahre alten Texte unserer Berliner Gründerväter unglaublich frisch wirken, provozierend frisch, weil sie diesen Geist der Leidenschaft enthalten, nicht den bürokratischen Geist der deutschen Gremienuniversität, auch nicht den arg technischen *spirit* der unternehmerischen Hochschule, nein, eine ganz elementare, fröhliche Leidenschaft für Studierende und für die Wissenschaft. Und eine Menge praktischer Ideen dazu. Natürlich auch ein paar Ideen, die man nicht in die Gegenwart übersetzen, nicht ins 21. Jahrhundert transformieren kann. Aber wer das erwarten würde, hätte im Geist des Neuhumanismus aus einer Bildungsreform vergangener Tage eine Religion gemacht, davor – sie ahnen das – kann der Theologe nur warnen. Wenn man sich wirklich auf die Berliner Gründung von 1809/1810 einlässt und nicht nur auf die diversen Abziehbilder, bekommt man selbst ein Stück der damaligen Leidenschaft und leidenschaftlichen Krisenresistenz vermittelt, sozusagen einfach beim Feiern.

Berlin bietet im Jubiläumsjahr viele Gelegenheiten, diesen frischen Geist der Gründung aufzunehmen, zu spüren, zu analysieren – in Ausstellungen, Konferenzen, Aktionen mitten in der Stadt und so weiter und so fort. Ich hoffe, dass Sie, verehrter Herr Bundespräsident, liebe

Frau Wintermantel, meine Damen und Herren, davon etwas spüren heute und morgen und bei anderen Besuchen hier in Berlin in den nächsten Wochen und Monaten; zunächst einmal aber hoffe ich, dass Sie sich an diesen Tagen hier in Berlin und an der Humboldt-Universität wohl fühlen, grüße Sie alle miteinander ganz herzlich und danke Ihnen auch von Herzen, dass Sie uns die Ehre des Besuches erweisen, seien Sie uns ganz besonders willkommen!

Streitgespräch

„Konsequenzen der Föderalismusreform für Hochschulen und Wissenschaft“

Professor Dr. Margret Wintermantel

Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Moderation

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Bundespräsident hat vor wenigen Wochen gesagt, fast ein Drittel unserer gesamtwirtschaftlichen Leistungen wenden wir auf für staatliche Sozialleistungen, aber nur gut sechs Prozent für Bildung. Angesichts dieser Relation müssen wir uns eigentlich vor unseren Kindern schämen. Die Finanzierung der Schulen und Hochschulen obliegt grundsätzlich den Ländern. Im Vergleich mit dem Bund sind die Länder die bei Weitem finanzschwächere Ebene. Sie besitzen kein eigenes Besteuerungsrecht, sie hängen von der Gesetzgebung des Bundes ab. Das zeigt sich ja auch besonders in der aktuellen Steuersenkungsdebatte. Auch die Ausgaben der Länder, insbesondere die oben erwähnten sozialpolitisch begründeten Aufwendungen, sind weitestgehend durch Bundesgesetze festgelegt. Wachsende finanzielle Belastungen haben die Länder auch aufgrund von Pensionslasten zu tragen, von den Zinsbelastungen ganz zu schweigen. Viele Länder haben seit Jahren verfassungswidrige Haushalte. Das heißt, die laufenden Ausgaben müssen durch Kredite finanziert werden. Für Einsparungen kommen nur die nicht gebundenen Ausgaben infrage, also die Ausgaben für Bildung, Kultur und Wissenschaft.

In einigen Jahren tritt die sogenannte Schuldenbremse in Kraft. Die Neuverschuldung des Bundes wird ab 2016 auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt. Die Länder dürfen ab 2019 überhaupt keine Kredite mehr aufnehmen. Diese Regelung soll einer verantwortungslosen Fiskalpolitik vorbeugen. Wir wissen, dass es im Interesse der jungen Generation ist, hier nicht ohne Weiteres so weiterzumachen – die junge Generation, die ohnehin die Schuldenlast ihrer Vorgängergeneration zu tragen hat. Zum anderen muss man sich aber fragen: Was bedeutet das für die Zukunftschancen dieser jungen

Generation? Wie gut können die jungen Leute unter den gegebenen Bedingungen ausgebildet werden, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen? Wie wettbewerbsfähig werden wir im Vergleich mit Volkswirtschaften sein, die Bildung, Wissenschaft und Forschung hoch priorisieren und die Investitionen in diesem Bereich stark ausgeweitet haben? Wir wissen das aus Brasilien, aus Indien, aus China.

Bei der Grundgesetzänderung des Jahres 2006 wurde die Mitverantwortung des Bundes für die Forschung infrage gestellt, für die Hochschulen entfiel die Rahmenrechtskompetenz des Bundes; nur im Bereich von Hochschulzugang und -abschlüssen blieb eine Restzuständigkeit, von der die Länder durch eigene Gesetzgebung wieder abweichen können. Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau wurde aufgegeben, das Kooperationsverbot von Bund und Ländern wurde im letzten Moment etwas abgemildert, auch ein bisschen unter dem Einfluss der Argumentation der HRK. Artikel 91 b erlaubt, dass Bund und Länder aufgrund der Vereinbarungen in Fällen überregionaler Bedeutung bei der Förderung von Vorhaben der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen zusammenwirken können, vorausgesetzt, alle Länder stimmen zu. Zum Zeitpunkt der Grundgesetzänderung war klar, dass aufgrund bildungspolitischer Entscheidungen wie der Verkürzung der Ausbildungszeiten und demografischer Entwicklungen dringend zumindest vorübergehend zusätzliche Studienanfängerplätze geschaffen werden müssen und dass die Länder diese Aufgabe finanziell nicht würden schultern können. Mit der Modifikation des Artikels 91 b würde die Tür einen Spalt weit geöffnet für ein entsprechendes Sonderprogramm.

Doch die Grenzen sind eng gesteckt. Bei der Auseinandersetzung um die Unterstützung des Bologna-Prozesses durch den Bund hat gerade die HRK erfahren, wie schnell ein einzelnes Land mit einer Klagedrohung einen geplanten Konsens zunichtemachen kann. Die Klage liegt immer noch irgendwo herum. Auch für die Verbesserung der Betreuungsrelationen, die eigentlich eine Vorbedingung für den Erfolg der Bologna-Reform ist und ebenfalls von den Ländern kaum finanziert werden kann, konnte bis heute keine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

In der bildungspolitischen Diskussion wird der Bund mehr und mehr zur treibenden Kraft. Er plant ein umfangreiches finanzielles Engagement in den kommenden Jahren, wirbt aber bei den Ländern um Zustimmung mit der Zusage, den Löwenanteil der finanziellen Verpflichtungen zu tragen. Wir sprechen im Augenblick über das Qualitätspaket. Ich weiß, dass wir da noch lange nicht so weit sind, dass wir dieses für die Verbesserung der Lehre gepackt haben werden.

Das alles stellt die Ergebnisse der Föderalismuskommission ein bisschen infrage. So weit zum Verhältnis Bund und Länder.

Wie sieht es zwischen den Ländern aus? Die Entwicklungschancen der Hochschulen in den finanzschwachen Ländern sind schlechter denn je. Sie können ihren Wissenschaftlern einfach nicht die Konditionen bieten, wie das finanzstarke Länder tun. Das Wettbewerbsselement nimmt zu. Denken wir an die Exzellenzinitiative! Spitzenwissenschaftler, mit denen der Ruf und das Potenzial der Hochschule steht und fällt, sind schnell abgeworben. Die erhofften Vorteile eines Konkurrenz- oder Gestaltungs föderalismus, der in der Debatte um die Reform für einige mit einer stetigen Aufwärtsentwicklung von Qualität und Exzellenz verbunden war, erwiesen sich, vorsichtig gesagt, als trügerisch. Statt Wettbewerb der Hochschulen erleben wir einen Wettbewerb der Länder. Es geht nicht oder nicht so sehr um wissenschaftliche Exzellenz und gute Konzepte, sondern um die finanziellen Möglichkeiten der Länder.

Was bedeutet das für die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse und für die Positionierung der deutschen Hochschulen in einem zunehmend internationalen Wettbewerb und in einem einheitlichen europäischen Hochschulraum? Wir haben die Situation, dass wir einen Wettbewerb wollen. Alle Mitglieder der Hochschulrektorenkonferenz, die hier im Saal versammelt sind, sind für den Wettbewerb als leistungssteigerndes Element auch in Hochschulen. Nur wenn dieser Wettbewerb letzten Endes ein Wettbewerb der Länder ist, dann wird es problematisch.

Auch innerhalb der Wissenschaft hat die Verfassungsänderung zu Verschiebungen geführt. Die Hochschulen, genauer gesagt die Lehre, sind stärker betroffen als die außeruniversitären Einrichtungen.

Bundesgeld fließt in stärkerem Umfang als je zuvor in die Forschung. Wir sind sehr froh darüber, aber die Wettbewerbsfähigkeit und die Kooperation mit der außeruniversitären Forschung stellen uns ständig auf die Probe. Mit der Finanzierung von nationalen Gesundheitszentren erfährt die außeruniversitäre medizinische Forschung eine weitere Stärkung. Wir hoffen sehr, dass wir auch bei den Gesundheitsforschungszentren mithalten können in den Universitäten.

Die Hochschulen, verantwortlich für die Ausbildung von 2 Millionen Studierenden und Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, erfahren eben zunehmend Wettbewerbsnachteile, wenn es um die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geht.

Waren diese Verschiebungen bedacht, waren sie intendiert? Oder haben die Entscheidungsträger diese Konsequenzen damals nicht absehen können? Was bedeutet es für die Stellung der deutschen Hochschulen auf dem stark wachsenden, international umkämpften Ausbildungsmarkt? Vor allem, welche Strategien können wir entwickeln, damit die Wissenschaft, speziell auch der Hochschulbereich, keinen Schaden nimmt?

Wir haben hier auf dem Podium zwei Wissenschaftler, die sich seit Langem schon mit der Föderalismusreform, mit den föderalen Bedingungen im Bildungsbereich, in der Wissenschaft auseinandersetzen. Ich freue mich sehr, Herr Professor Scharpf, Herr Professor Rentsch, dass wir Sie hier haben. Ich würde Sie um Ihre Statements bitten.

Professor Dr. Fritz W. Scharpf

Direktor Emeritus des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung
Köln

Ich habe Ihrer Einladung gerne zugestimmt, weil die Frage, welche Bedeutung der Bildungsföderalismus in unserem Staat hat und haben sollte, ein Thema ist, das mich seit Langem wissenschaftlich beschäftigt

hat, auch als Mitglied, als Sachverständiger in der Föderalismuskommission.

Föderalismus hat einen sehr hohen normativen Stellenwert in Staaten, die kulturell, ethnisch, sprachlich, religiös tief gespalten sind und in denen die föderale Struktur die Voraussetzung dafür ist, dass eine gedeihliche Zusammenarbeit im staatlichen Verband überhaupt nur möglich ist. Das gilt für die Schweiz, das gilt für Belgien, das gilt für Kanada, das gilt für Spanien und für andere Länder.

In Deutschland gab es ähnliche Bedingungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im sogenannten Kulturkampf zwischen dem protestantisch-preußischen Norden und den katholisch-bayerischen Südländern. Dieser Kulturkampf hat noch seine Wirkung getan bis in die 50er- und 60er-Jahre des letzten Jahrhunderts hinein, als dann schließlich der Streit um die Gemeinschaftsschulen oder Konfessionsschulen beigelegt wurde. Aber seitdem ist Deutschland ein kulturell weitgehend homogenes Land, in dem die politisch ideologisch normativen Konflikte auf der nationalen Ebene zwischen Akteuren ausgetragen werden, die sich als nationale Sprecher verstehen.

Deutschland hat eine unitarische politische Kultur. Die Medien, der Parteienwettbewerb, die politische Diskussion findet in der nationalen Öffentlichkeit statt.

Wenn man aus heutiger Sicht die Frage stellen würde, dann hätten wir den Föderalismus nicht deswegen, weil wir so verschieden sind und so verschieden sein wollen, sondern weil wir Länder haben und weil wir Landesregierungen haben. Wir haben Länder und Landesregierungen, weil die Länder 1945/46 bis 1949 vor dem Bund da waren und weil die Landesregierungen das Grundgesetz maßgeblich mitgestalten konnten. Wir haben einen institutionell außerordentlich stark fixierten und abgesicherten Föderalismus, dem aber der kulturelle Unterbau, der Selbstständigkeitswillen der Bevölkerung und der Bürger fehlen. Normativ betrachtet und aus der Sicht der Bürger hat der Föderalismus bei uns heute keinen Eigenwert. Man ist bereit, ihn zu diskutieren unter Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit. Welche Aufgaben werden

sinnvollerweise dezentral wahrgenommen, und welche Aufgaben sollen auf der nationalen Ebene, welche auf der europäischen Ebene vernünftigerweise geregelt werden?

Die Länder haben im Prinzip auch die Priorität des Bundes in fast allen Politikbereichen akzeptiert. Sie konzentrieren sich auf die Mitgestaltung dieser Politik im Bund, und sie konzentrieren sich auf ihr Monopol in der Durchführung, in der Verwaltung, in der praktischen Ausgestaltung dieser Politik.

Nur in der Bildungspolitik haben wir im Verlauf der Jahrzehnte festgehalten und in der Föderalismuskommission noch einmal akzentuiert und verschärft einen Kompetenzfundamentalismus der Staatskanzleien erlebt. Der Staatskanzleien sage ich, weil ganz deutlich war in den Diskussionen der Föderalismuskommission, dass nicht die Bildungspolitiker in den Ländern hinter diesem Kompetenzfundamentalismus standen, sondern dass er explizit von den Staatskanzleien und den Ministerpräsidenten verfolgt wurde, sehr oft unter bewusstem Ausschluss der Forschungs- und Bildungsressorts von der Willens- und Entscheidungsbildung im Land.

Deswegen wurde die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbauförderung abgeschafft, deswegen wurde die Rahmenkompetenz für das Hochschulrahmengesetz abgeschafft. Deswegen wurde in Artikel 104 Abs. 4 die finanzielle Förderungsmöglichkeit des Bundes auf die Bereiche beschränkt, in denen der Bund über eine eigene Gesetzgebungskompetenz verfügt; und sie wurde im Übrigen weiterhin beschränkt auf Investitionen, nicht auf die Förderung von Sachausgaben und Personalkosten. Insgesamt ist im Koalitionsvertrag von 2005 von den Ländern ein absolutes Kooperationsverbot im Bildungsbereich durchgesetzt worden. Das ist dann am Ende nicht ganz so schlimm geworden, weil die Professoren, die Hochschulrektorenkonferenz, die Wissenschaftsorganisationen für die Universitäten auf die Barrikaden gegangen sind und einen erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung gewonnen haben. Für die Kindergärten und die Schulen ist niemand in der gleichen Weise oder jedenfalls mit dem gleichen Erfolg auf die Barrikaden gegangen, sodass dort das Kooperationsverbot in der

Verfassung weiter besteht, während insbesondere durch den Einfluss der rot-grünen Fraktionen im Bundestag der Artikel 91 b die schmale Tür geöffnet hat, von der Sie gesprochen haben, Frau Wintermantel. Das gilt aber eben nicht für die Kindergärten und Schulen in der gleichen Weise.

Deswegen haben wir jetzt die Möglichkeit für Exzellenzinitiative, Hochschulpakt, aber eben nur bei Einstimmigkeit mit allen Ländern. Wir haben nicht die Möglichkeit einer institutionellen Förderung; wir haben nur die Möglichkeit der Vorhabenförderung. Vorhaben sind im allgemeinen Verständnis etwas Befristetes, sodass aus diesen Fördermöglichkeiten der eigentliche Engpass an den Hochschulen, der darin besteht, dass die Dauerstellen in der Lehre nicht ausgeweitet werden können, im Prinzip beibehalten wird. Es ist sehr schwer, aus Hochschulpaktmitteln oder Studiengebühren eine dauerhafte Ausweitung des Personalbestandes zu bewirken.

In der Forschung haben die Länder das interessanterweise von Anfang an anders gesehen. Das Königsteiner Abkommen, geschlossen vor der Gründung der Bundesrepublik, hat den Grundsatz akzeptiert, dass Forschung eine gesamtstaatliche Aufgabe ist, die man nicht der unterschiedlichen Finanzkraft einzelner Länder überlassen darf, sondern man hat 1948/49 eine Gemeinschaftsfinanzierung der außeruniversitären Forschung beschlossen, zu der alle Länder beigetragen haben und bei der die Verteilung nach sachlichen Gesichtspunkten und nicht nach der Höhe der Beiträge erfolgte. Nachdem klar war, dass die Finanzmittel der Länder nicht reichten, hat man den Bund hineingenommen und hat dann später die Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung daraus gemacht, die der Bund zur Hälfte mitfinanziert. Das ist von den Ländern in der Föderalismuskommission nicht infrage gestellt worden.

Das Argument, dass auch die Ausbildung an den Hochschulen, das Studium an den Hochschulen, die Leistungen der Hochschulen gesamtstaatliche Interessen befriedigen müssen und dass das Land auch abhängt von den Leistungen der Hochschulen in den finanzschwachen Ländern und nicht nur von denen in den finanzstarken Ländern, dieses Argument ist in der Föderalismuskommission nicht akzeptiert worden, hat dort keinen Stellenwert gehabt, erst recht nicht für die Schulen und für

die Kindergärten, obwohl die Probleme, die dort entstehen, genauso gesamtstaatliche Probleme sind wie die der Forschung an den Hochschulen.

Ich will das jetzt nicht weiter vertiefen, sondern ich will nur meine eigene Schlussfolgerung aus dem Gesagten ziehen. Das, was an verfassungsmäßig zulässigen Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundes übrig geblieben ist – Exzellenzinitiative, Hochschulpakt usw. –, reicht nicht an das Grundproblem, die Unterfinanzierung der Hochschulen, heran. Die finanziellen Möglichkeiten der Länder sind extrem begrenzt und werden in den kommenden Jahren nicht wesentlich gelockert werden. Die Situation der finanzschwachen Länder wird schlimmer werden. Die Hoffnung, dass man durch moralische Appelle an die Landespolitik dazu kommen kann, dass die Finanzminister sich nicht auch überlegen, ob man im Hochschulbereich und im Bildungsbereich sparen kann, teile ich nicht. Was wir in den 1960er-Jahren gewusst haben, Bildung und Forschung sind gesamtstaatliche Aufgaben, die als Gemeinschaftsaufgabe institutionalisiert werden müssen, daran müssen wir uns wieder erinnern. Wenn wir, was wir vermutlich müssen, zu einer Föderalismusreform III kommen werden, dann denke ich, dass die Einigung auf eine Gemeinschaftsaufgabe Bildungspolitik das Dringendste wäre, was auf dieser Tagesordnung stehen müsste. Das hat man in der Föderalismuskommission verteufelt als ein bürokratisches Monster, was für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbauförderung offenbar auch bis zu einem gewissen Grad nicht falsch war.

Ein Blick ins Ausland, ein Blick in die vergleichende Föderalismusforschung zeigt, dass die Gemeinschaftsfinanzierung von Gemeinschaftsaufgaben auch auf ganz andere Weise möglich ist. In Belgien werden die Mittel der Regionen und Communities für die Schulen mit einer Kopfquote pro Schüler vom Zentralstaat an die Regionen weitergegeben. In Australien beziehen die Universitäten kostendeckende Studiengebühren von allen Studenten, inländischen und ausländischen. Für die inländischen werden diese vorgeschossen vom Zentralstaat und mit einer nachgelagerten Regelung von den Absolventen dann mit Bezug auf die erzielten Einkommen durch Erhöhung der Einkommensteuer wieder zurückgeholt. Das sind Möglichkeiten, von denen nicht klar ist, ob

sie bei uns in der gleichen Weise funktionieren würden, aber es sind Möglichkeiten, die mit einem minimalen bürokratischen Aufwand funktionieren und deswegen nicht angegriffen werden können durch die Verteufelung der Gemeinschaftsaufgaben.

Professor Dr. Margret Wintermantel

Haben Sie vielen Dank für diese Bemerkungen, auch die kritischen Bemerkungen. Sie haben ja offensichtlich eine sehr kritische Haltung zu der derzeitigen Situation. Jetzt weiß ich gar nicht, ob wir wirklich von Streit sprechen können, ob es darüber Streit geben kann. Sie haben bereits Lösungsansätze genannt, über die wir später noch sprechen sollten.

Professor Dr. Wolfgang Renzsch

Geschäftsführender Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Magdeburg

Ein Streitgespräch wird das in der Tat nicht, weil ich sowohl das, was Sie, Frau Wintermantel gesagt haben, wie das, was Herr Scharpf gesagt hat, eigentlich vollkommen unterschreiben kann.

Gestatten Sie mir drei Anmerkungen in diesem Zusammenhang! Zum einen möchte ich den Gedanken aufnehmen, den Sie, Frau Wintermantel, eben angebracht haben unter Bezug auf den Bundespräsidenten. In der Tat haben wir im deutschen Föderalismus ein Strukturproblem, dass die Bildung insgesamt, Hochschulen zu 90 Prozent, bei den Ländern liegt und die Länder die finanzmittelschwache Ebene sind. Die Länder haben gar keine Spielräume hierbei. Sie sehen hier, dass der Bund im Wesentlichen die Ausgaben für die Vergangenheit hat. Rentensysteme sind beim Bund, soziale Versorgungssysteme und solche Dinge. Die Zukunftsaufgaben sind zum größten Teil bei den Ländern. Nun haben wir die Situation, dass die Vergangenheit beim starken Bund ist und die Zukunft bei den schwachen Ländern. Das erklärt zu einem großen Teil die Misere, in der wir heute stecken, wenn wir über die Bildung reden.

Eine zweite Anmerkung möchte ich machen. Ich möchte Sie bitten, sich in die Situation eines Finanzministers zu versetzen. Nun weiß ich nicht, ob ein Kultusminister besonders verärgert wäre, wenn ich sage, die wichtigen Minister sind ja die Finanzminister, die das Geld bringen. Ich habe jedenfalls mehr mit dem Finanzministerium zu tun als mit den Kultusministern. Wenn ich in den Finanzministerien, zu denen ich gute Kontakte habe, nicht zu allen 16, aber doch zu einem großen Teil, mit den Leuten dort über Bildungsplanung und Bildungsfinanzierung spreche, dann sagen sie mir: „Eigentlich haben wir viel zu viele Studenten, wir müssen unsere Studentenzahlen abbauen.“ Oder: „Wir sind glücklich, dass wir Studenten exportieren und keine importieren.“ Sie hören aus den Finanzministerien sehr klar die Message „weniger Studenten auf unsere Kosten“. Jeder Finanzminister weiß, dass ein importierter Absolvent weitaus billiger ist als ein selbst ausgebildeter Absolvent. Völlig klar, wenn ich die Leute hereinkriege, ist es sehr viel billiger.

Das geht noch weiter. Wir bemühen uns an unserer Hochschule, auch Studierende aus anderen Bundesländern zu bekommen, die von außerhalb nach Magdeburg kommen. Nur, wenn ich mich in die Situation des Finanzministers versetze – ich habe mit ihm nicht darüber geredet, das ist jetzt sehr abstrakt –, dann wäre ich als Finanzminister nicht glücklich darüber. Denn der Student, der kommt, behält seinen Wohnsitz, sagen wir in Wolfsburg, Hotel Mama, und wohnt nicht in dem Land, in dem er studiert. Das heißt erst einmal, im Rahmen der bundesstaatlichen Finanzverteilung behält das Land, in dem der Student wohnt, die einwohnerbezogenen Anteile aus der Steuerverteilung. Das sind ungefähr 2.500 Euro pro Einwohner, die im Wohnsitzland bleiben. Jetzt kommt der Student in unser Land, studiert dort. Die Hochschule muss das Geld zur Verfügung stellen für die Ausbildung. Wenn es ein teures Studium ist, sagen wir Medizin, wird es noch teurer, als wenn es nur eine Papierwissenschaft ist. Dann müsste das Land auch noch BAföG bezahlen, denn BAföG wird nicht dort bezahlt, wo der Student wohnt, sondern wo er studiert. Dann wird der Finanzminister sehen, wenn er sein Examen hat, geht er weg, dann geht er nach München, weil er eine gute Ausbildung hat. Können Sie sich vorstellen, dass dieser Finanzminister gerne dafür Geld ausgibt? Eigentlich nicht. Es ist an sich

völlig klar, dass ein Finanzminister natürlich akzeptiert, dass Bildung wichtig ist, dass er natürlich akzeptiert, dass die Studierenden eine gute Ausbildung brauchen und dass dafür das Land ausgebildete Kräfte braucht. Aber eigentlich sind die strukturellen Umstände so, dass er das lieber nicht möchte und dass er lieber bremst.

Wenn man sich, und damit komme ich zu meiner dritten Bemerkung, unter diesen Voraussetzungen die Finanzierung der Hochschulen ansieht, dann ist die Finanzierung der Hochschulen in den letzten 20, 25 Jahren relativ konstant. Der Anteil am Steueraufkommen ist relativ konstant über die Jahre. Er geht gar nicht mal zurück, er ist relativ stabil. Aber der Anteil der Finanzierung am Bruttosozialprodukt geht kontinuierlich zurück. Der Anteil, den die Gesellschaft insgesamt ausgibt für Bildung, für Hochschulen ist rückläufig. Das hängt damit zusammen, dass ein öffentlicher Anteil am Bruttosozialprodukt in den letzten 20 Jahren gesunken ist. Nach der Einheit hatten wir den höchsten Anteil. Das müssen die Universitäten auffangen. Jetzt sind die Länder – die Schuldenbremse ist erwähnt worden – in der Situation, dass sie ohne Schulden ihre Haushalte finanzieren müssen.

Jetzt nehme ich das Land Sachsen-Anhalt, wo ich herkomme, als Beispiel. Das Land Sachsen-Anhalt hat einen Etat von ca. 10 Milliarden Euro, wenn Sie die Gemeinden noch mit dazu nehmen, liegen Sie bei etwa 12 bis 12,5 Milliarden. Jetzt steht im Bundesgesetzblatt, dass das Land Sachsen-Anhalt bis zum Jahre 2020 vom Jahre 2010 aus gemessen 1,4 Milliarden an Sonderzuweisung des Bundes verliert. Außerdem ist zu befürchten, dass die Bevölkerung um 20 Prozent zurückgeht; das sind noch mal 1,2 Milliarden. Dann laufen die europäischen Finanzierungsstrukturformidmitten aus. Das Land hofft, zwei Drittel bis ein Drittel davon zu halten in der nächsten Förderperiode. Ich war gerade letzte Woche in Brüssel; da ist man nicht ganz so optimistisch. Da sagt man, es hängt sehr viel davon ab, inwieweit auch die Bundesregierung bereit ist, die bisherigen Zahlungen zu akzeptieren. Wenn die Bundesregierung darauf drängen wird, dass die EU-Finanzierungen rückläufig sein würden, dann wird natürlich am Ende Sachsen-Anhalt der Leidtragende sein, weil es schwieriger wird, eine Übergangsförderung für die Länder, die aus dem Ziel-1-Rahmen herausfallen, zu finanzieren. Das ist alles ein bisschen

unsicher, aber über den groben Daumen gepeilt verliert das Land Sachsen-Anhalt in den nächsten zehn Jahren 20 bis 25 Prozent seiner Einnahmen. Wenn ich mir die Finanzprojektion des Landes Sachsen-Anhalt bis 2025 anschau, dann steht darin, dass der Anteil am Haushalt stabil bleiben soll. Dieses ist eine große politische Leistung, weil nämlich die ganzen Kürzungen, die vorgenommen werden, nur in den Bereichen vorgenommen werden können, die tatsächlich kürzbar sind. Nicht kürzbar sind Versorgung, Zinslasten usw. Das heißt nicht ‚kürzbar‘, das heißt ‚gestaltbar‘, aber es kommt auf dasselbe heraus. Gestaltbar auf Platz 1 sind Kultur und Sport. Raten Sie mal, was Platz 2 ist! Universitäten und Hochschulen. Das ist keine politische Aussage, sondern schlichtweg eine rechtliche Aussage. Wenn es dann trotzdem noch ein Land schafft, das stabil zu halten, ist das schon eine enorme Leistung gegen diesen Trend. So gesehen würde ich nicht in die Politikerschelte einstimmen, sondern diese Realitäten sehen. Ich würde sofort in die Politikerschelte einstimmen, wenn man die Sonntagsreden zum Maßstab nimmt, denn die Sonntagsreden, wo alle immer ständig sagen „Wir müssen was tun“ ignorieren sehr weit die Realitäten. Ich möchte doch mal bitte von der Politik auch hören, wie sie mit diesen Umständen und diesen Herausforderungen umgeht und wie sie unter diesen Bedingungen die Finanzierung der Hochschulen aufrechterhalten will.

Jetzt komme ich zu einem letzten Punkt. Ich habe angefangen mit der Problemlage Föderalismus, Bildung bei der finanzschwachen Ebene usw. Herr Scharpf hat schon auf bestimmte Möglichkeiten und Wege hingewiesen. Ich glaube auch, dass der neue Artikel 91 b durchaus eine kleine Tür ist, etwas zu tun. Der Bund ist in der Lage, Vorhaben der Hochschulen zu finanzieren. Keine institutionelle Förderung, aber Vorhaben. Aus meiner Sicht ist es also durchaus möglich, dass der Bund, wenn er denn das Geld haben sollte, woran zu zweifeln ist, es nehmen und die Hochschulen finanzieren könnte unter bestimmten Bedingungen, z. B. unter der Bedingung pro Studienplatz in der Regelstudienzeit, möglicherweise differenziert nach Fächern, weil ein Medizin-Studienplatz eben teurer ist als ein Jura-Studienplatz oder in der Politikwissenschaft, mit der Maßgabe, dass die Länder auch etwas dazutun. Wir kommen dann natürlich in alle Fallstricke der Mischfinanzierung hinein mit allen Problemen der Fehlsteuerung. Das müssen wir sehen. Aber wir haben am

Ende nur die Auswahl zwischen Pest und Cholera. Entweder wir lassen uns auf Mischfinanzierung ein, bei der der Bund Geld zur Verfügung stellt, möglichst mit intelligenten Bindungen, denn man kann sie mehr oder weniger intelligent machen, oder wir kommen in die Situation, dass es eben sehr viel schlechter wird in Zukunft. Das ist zu befürchten.

Professor Dr. Margret Wintermantel

Vielen Dank, Herr Renzsch. Zwischen Pest und Cholera ist keine gute Position. Die Frage für uns ist ja: Ist es bei einer zunehmend internationalen Bildungs-, Ausbildungs- und Forschungswelt, denn die internationale Ebene gewinnt immer mehr an Bedeutung, richtig, dass wir über eine stärkere Regionalisierung in den Hochschulen sprechen? Ist das die richtige Antwort? Haben wir nicht tatsächlich hier Wettbewerbsnachteile? Ist das sinnvoll, ist das von der Logik her richtig?

Herr Scharpf, Sie haben sich mit diesen Verflechtungsfragen theoretisch sehr intensiv beschäftigt. Wir müssten doch irgendwie einen Lösungsweg finden, der mehr als zwischen Pest und Cholera ist, sondern versuchen, auch von der Hochschulrektorenkonferenz Argumente zu finden, wie wir denn mit dieser Situation umgehen. Wir haben auf der einen Seite eine hohe Bereitschaft des Wettbewerbs in den deutschen Hochschulen. Das kann man sehr deutlich sagen, wenn man das Antragsvolumen bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft, wenn man die Exzellenzinitiative sieht, wenn man die vielen wettbewerblichen Verfahren sieht. Aber die Hochschulen müssen auch die Chance haben, im Wettbewerb tatsächlich ihre Leistungsfähigkeit zu steigern in Forschung und in Lehre.

Professor Dr. Fritz W. Scharpf

Was wir haben, ist in der Tat eine Forcierung des Wettbewerbs durch die Exzellenzinitiative. Das hat sicher die Chance, dass wir, was die Spitzenforschung angeht, uns besser entwickeln, als das in der Vergangenheit an den Universitäten möglich war. Es hat auch Nachteile insofern, als eben diese Spitzenforscher in einen permanenten Kreislauf von Neuanträgen und Bewertungen und Neuanträgen hineingetrieben werden, die den Leuten, die man eigentlich gewinnen wollte als

Potenzial, auf der anderen Seite die Zeit nehmen, sodass die Mittel, die eingeworben werden, eigentlich nicht in erster Linie denen zugutekommen, die am meisten damit anfangen könnten, sondern dem Personal, für das sie dann Möglichkeiten schaffen.

Wir haben auch eine Inflation von Graduiertenkollegs, die wunderbar funktionieren, die wechselseitig in einer ganz starken Konkurrenz um gute Doktoranden stehen. Nach den Graduiertenkollegs kommen noch, auch in zunehmendem Maße, Post-Doc-Stipendien, aber dann ist Schluss.

Die Ausweitung der Stellen im regulären Hochschulpersonalstamm kann mit den Mitteln der Exzellenzinitiative nicht flächendeckend geschehen. Was unverändert bleibt durch die Exzellenzinitiative, ist die Unterfinanzierung in der Breite. Da bin ich der Meinung, dass man das als Gemeinschaftsfinanzierung anerkennen muss, also erstens die politische Akzeptanz der Tatsache, dass dieses eine gesamtstaatliche Aufgabe ist, weil die Vorteile und die Nachteile, wenn es nicht gelingt, die gesamte Gesellschaft, den gesamten Staat treffen und nicht auf das einzelne Land beschränkt bleiben. Zweitens muss daraus die Folgerung gezogen werden, dass man dann auch gesamtstaatlich das Mittelvolumen definieren muss, das dafür gebraucht wird. Das kann man nicht dem Land Sachsen-Anhalt und seinen Finanzzwängen überlassen, wenn es ein Problem für uns alle ist.

Professor Dr. Wolfgang Renzsch

Das sehe ich ganz genauso. Aber lassen Sie mich das noch mal von unten betrachten aus der Perspektive der Hochschulen! Ich bin kein Bildungsexperte, ich verstehe mehr von Finanzen. Aber was ich nun sehe, ist, dass es mittlerweile bei Hochschulen Kooperationen gibt, dass die Hochschule sagt, dieses Fach machen nur noch wir und nicht ihr. Da einigt man sich. Bei uns in Sachsen-Anhalt gab es mal so eine Initiative, die Herr Olbertz mit gestartet hatte: keine Doppelung der Studiengänge, keine Doppelung der Fächer, was vom Grundsatz her vernünftig war, aber in der Durchsetzung nicht überall so richtig funktioniert hat, wenn ich das mal ganz vorsichtig sagen darf. Wenn eine kleine Universität mit begrenzten Kapazitäten versucht, ein relativ breites Spektrum von

Fächern anzubieten, alle auf dem Minimalniveau, werden sie nicht konkurrenzfähig sein. Es ist hierzu erforderlich – und das ist auch eine Herausforderung an die Hochschulen, das kann die Politik nicht alleine leisten – die Konzentration auf die Dinge, die konkurrenzfähig sind, mit denen sie international konkurrieren können, wo sie leistungsstark sind. Frau Wintermantel, Sie sagten mir am Telefon: Die Stärken stärken und die Schwächen beseitigen. Da muss man eben diese Konsequenzen ziehen. Das ist extrem schwer, wenn Sie sehr strukturkonservative Fakultäten haben, aber es ist erforderlich.

Professor Dr. Margret Wintermantel

Aber es ist auch in den Ländern sehr schwer. Der Bundespräsident hat vorhin zu Recht auf die hohen Erwartungen hingewiesen, die an die Hochschulen gerichtet werden. An die Länder werden eben auch Erwartungen gerichtet. Sie sollen eben nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sie sollen innovativ sein, sie sollen kulturelles Zentrum der Region sein, sie sollen aber auch unbedingt die Juristen ausbilden und alle Fakultäten haben. Das heißt, es gibt einen Druck in den Ländern dahin gehend, dass auch alles in den Ländern vorgehalten wird.

Professor Dr. Wolfgang Renzsch

Aus meiner Sicht wäre es viel sinnvoller, die Hochschullandschaft eines Landes geschlossen zu betrachten, auch unter Einbeziehung von Universitäten und Fachhochschulen, und dann von einem Gesamtkonzept auszugehen und zu sagen, was wo stattfinden soll. Das wäre viel sinnvoller, als von einer einzelnen Hochschule auszugehen. Da sind wir natürlich beim Wettbewerb der Länder und nicht mehr beim Wettbewerb der Hochschulen. Aber ich sehe eigentlich für die kleineren Länder, für die finanzschwachen Länder, auch für die schwächeren Hochschulen im Grunde nur die Perspektive, sich in Nischen zu begeben, Nischen zu besetzen und darin stark zu werden und die breiten Dinge den größeren Hochschulen zu überlassen.

Professor Dr. Fritz W. Scharpf

Die Hochschulstrukturkommissionen waren ja nicht überall ein durchschlagender Erfolg. Es ginge dann auch um ein Verfahren, das die Autonomie der Hochschulen fördern würde und das nicht übergestülpt würde von der Landespolitik auf die Hochschullandschaft.

Professor Dr. Wolfgang Renzsch

Das ist immer ein Dilemma. Das ist auf der einen Seite natürlich die Autonomie der Hochschule, auf der anderen Seite hat der Steuerzahler auch ein Recht, zu erfahren, was mit seinem Geld passiert, und dass das vernünftig ausgegeben wird. Hier müssen wir den richtigen Mittelweg finden zwischen Autonomie und Eigenverantwortung der Wissenschaft und der Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler. Die Hochschule muss gegenüber der Gesellschaft rechtfertigen, warum sie das tut, was sie mit dem Geld des Steuerzahlers macht.

Professor Dr. Margret Wintermantel

Wir haben ja inzwischen in den meisten Ländern Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen und Landesregierungen, in denen durchaus die gemeinsamen Ziele festgeschrieben sind. Aber natürlich ist die Autonomie nur dann wirklich zum Nutzen aller Hochschulmitglieder, wenn auch gewisse Spielräume bestehen. Autonomie ohne Geld – damit kann ich auch nicht besonders viel anfangen. Wir müssen natürlich auch die innere Autonomie der Hochschulen sehen. Was Sie vorhin angesprochen haben, ist die Änderungsresistenz mancher Fakultäten, die natürlich auch ihre Argumente haben, das, was sie tun, auch weiter tun zu können und nicht alles von oben nach unten geplant zu bekommen. Das geht natürlich auch nicht.

Professor Dr. Wolfgang Renzsch

Da haben Sie völlig recht, das ist ein Balanceakt.

Professor Dr. Fritz W. Scharpf

Wobei eine studienplatzbezogene Pauschalfinanzierung ja die Möglichkeit ließe, dass das Land oder auch der Gesamtstaat die Anteile verschiedener Fächer definierte und die Hochschulen sich dann um Plätze bewerben könnten, in denen sie meinen, dass sie besonders aussichtsreiche Chancen hätten.

Professor Dr. Margret Wintermantel

Das sollte dann aber in den Ländern passieren?

Professor Dr. Fritz W. Scharpf

Nein, ich bin der Meinung, es sollte in einer Gemeinschaftsaufgabe bundesweit passieren. Aber wenn es in den Ländern passierte, wäre es immer noch besser, als wenn es nicht passiert.

Professor Dr. Margret Wintermantel

Ich sehe einige aufmerksame Gesichter im Auditorium. Möchte jemand sich beteiligen und einen Kommentar abgeben oder eine Frage stellen?

Dr. Christian Bode

Generalsekretär des DAAD

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir diese Lösung, von der Sie, Herr Scharpf, sprechen, übermorgen schon haben könnten, ohne das Grundgesetz zu ändern. Es gibt im Grundgesetz eine Vorschrift, die konstant übersehen wird, die die Gründungsväter schon 1949 da hinein geschrieben haben, die ist Artikel 74 (13). Sie gibt dem Bund das Recht der konkurrierenden Gesetzgebung und Finanzierung für Ausbildungsbeihilfen. Das BAföG fällt darunter. Würden wir morgen Studiengebühren einführen in einer Größenordnung wie Tony Blair von 2.000 Euro für jedermann, so könnte der Bund sie sofort refinanzieren, wie übrigens in den USA annähernd 100 Milliarden Dollar über Ausbildungsbeihilfen in das amerikanische Hochschulsystem fließen.

Diese Gesetzgebung, die übrigens auch gestaffelte Gebühren vorsehen könnte, bräuchte noch nicht einmal die Zustimmung des Bundesrates.

Professor Dr. Fritz W. Scharpf

Sie haben absolut recht.

Professor Dr. Margret Wintermantel

Heißt das, damit hätten wir unsere Probleme gelöst?

Professor Dr. Wolfgang Renzsch

Nein, aber es wäre ein Stück Problemlösung. Ich sehe das ganz genauso.

Dr. Christian Bode

Und genau das haben die Engländer gemacht.

Professor Dr. Fritz W. Scharpf

Holland auch.

Professor Dr. Wolfgang Renzsch

Ich kann mich gut daran erinnern, als ich selbst in London studiert habe, bekamen die britischen Studenten einen grant. Für alle Studenten, die einen grant bekamen, übernahm der Staat die Studiengebühren. Das war eine sehr vernünftige Lösung. Damit würden wir auch die sozialen Probleme von Studiengebühren aus der Welt schaffen.

Professor Dr. Fritz W. Scharpf

Haben Sie eine Erklärung dafür, dass das nicht gehört wird?

Dr. Christian Bode

Ich habe sogar darüber promoviert.

Professor Dr. Margret Wintermantel

Es ist uns nicht gelungen, hier irgendwie Streit zu erzeugen. Im Grunde haben wir nur unterschiedliche Nuancen einer sehr schwierigen Föderalmussituation beleuchtet. Wir haben festgestellt, es muss etwas getan werden. In der HRK wird die Diskussion geführt, dass wir Wettbewerb wollen, aber den Wettbewerb zwischen den Hochschulen und nicht zwischen den Ländern. Dass wir mit der Autonomie vorankommen müssen auch innerhalb der Hochschulen und dass Autonomie eine Frage der Freiheit von Forschung und Lehre bedeutet, steht auf einem anderen Blatt.

Professor Dr. Fritz W. Scharpf

Ihre Bundesgenossen müssen die Bildungspolitiker in den Landesregierungen sein. Ihr Feind sind nicht die Finanzminister, Ihr Feind sind die Staatskanzleien.

Professor Dr. Wolfgang Renzsch

Ich habe keinen Widerspruch dazu, aber natürlich kann man das nicht gegen die Finanzminister machen. In der Tat müsste Bildung eine Form von Gemeinschaftsaufgabe sein. Ich beweine die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau im alten Artikel 91 a nicht. Wenn Sie sich mal die Finanzierung über Jahre anschauen, ist das eine Zackenlinie. Das ist viel Finanzierung nach Kasse, wenn gerade Geld da war und wenn kein Geld da war. So gesehen ist der neue Artikel 91 b deutlich besser und bietet eine Chance, aber noch keine Garantie. Das ist eine Chance, die man nutzen kann und nutzen sollte. Ich hatte auch schon mal an so was wie den Vorschlag von Herrn Bode gedacht aus meiner Erfahrung aus meinem Studium in Großbritannien, aber das ist eine Sache, über die man sehr gründlich nachdenken sollte und die man auch verfolgen sollte.

Professor Dr. Margret Wintermantel

Ich danke Ihnen sehr für die guten Kommentare und danke sehr herzlich unserem Herrn Bundespräsidenten, dass er zu uns gekommen ist und sich das auch noch angehört hat. Sie sehen, es ist doch auch Positives dabei.

Horst Köhler

Bundespräsident

Auf jeden Fall! Und Anregungen.

Verleihung des Ars legendi-Preises für exzellente Hochschullehre

Professor Dr. Margret Wintermantel

Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Qualität der Lehre scheint nun endlich im Zentrum der hochschulpolitischen Diskussion angekommen zu sein. Die aktuelle Diskussion um die Studienreform hat deutlich gemacht, dass Reformstrukturen zwar nutzt, aber letztlich natürlich auf Qualitätsverbesserung abzielen muss. Es ist sichtbar geworden, wie viel die Hochschulen in den vergangenen Jahren dafür getan haben und welche guten Konzepte sie in der Zukunft noch realisieren wollen. Endlich, endlich darf man auch sagen, dass gute Konzepte für gute Lehre auch Mittel erfordern. Wir hoffen, dass sich die Pläne des Bundes und der Länder für einen Qualitätspakt sehr bald konkretisieren.

Gemeinsam mit dem Stifterverband fördern wir seit nunmehr fünf Jahren den Stellenwert der Lehre in der Wissenschaft durch den Ars legendi-Preis. Er ist bundesweit der höchstdotierte Preis für Hochschullehre. Der Generalsekretär des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft, Professor Schlüter wird ihn gleich verleihen. Ich freue mich sehr, Herr Schlüter, dass Sie heute bei uns sind.

Wir haben den Preis in diesem Jahr in den Geisteswissenschaften ausgeschrieben und werden einen Amerikanisten und Komparatisten ehren.

Frau Berenzen, Studentin und Senatorin an der RWTH Aachen, wird die Entscheidung der Jury, deren Mitglied sie war, begründen.

Zuvor wird aber Herr Professor Schlüter einige einführende Worte an uns richten. Bitte, Herr Schlüter!

Einführung

Professor Dr. Andreas Schlüter

Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

Stöbert man auf den Internetseiten zum 200-jährigen Jubiläum der Humboldt-Universität, dann stößt man neben so spannenden Projekten wie „Humboldt unterwegs“, die Humboldt-Universität geht auf die Straße und macht die Stadt zum Campus, auf Interviews mit ehemaligen prominenten Absolventen der Hochschule. Neben Namen wie Heinz Berggrün, einem der bekanntesten Kunstsammler Europas, Monika Maron, Frank Castorf, Wolfgang Thierse findet man auch ein Interview aus dem Jahre 2001 mit der ehemaligen Studentin der Humboldt-Universität, Regine Hildebrandt. Die ehemalige Sozialministerin des Landes Brandenburg berichtet über ihre Zeit in Biologie- und Politikseminaren, über die gesellschaftlichen Verhältnisse Ende der 50er-, Anfang der 60er-Jahre und die damalige Atmosphäre an der Universität, ihre Diplom- und Promotionsarbeit sowie ihre Dozenten. In ihrer direkten Art, man könnte es auch Berliner Schnauze nennen, antwortete sie auf die Frage, was sie an ihren Dozenten geschätzt habe: „Das fachliche Können sowieso, das ist ja die Voraussetzung. Wenn einer eine Pfeife ist, eignet er sich nicht dazu, dass sie ihn schätzen oder verehren.“

Sie bringt damit das mit dem Ars legendi-Preis intendierte Ziel, Vorbilder für den wissenschaftlichen Nachwuchs, ‚Köpfe‘ auszuzeichnen (statt einzelne Lehrprojekte, Fachbereiche oder Institutionen) und ‚Schule bildende‘ Persönlichkeiten zu prämiieren, sehr gut auf den Punkt.

Dass gute oder sogar exzellente Lehre inzwischen in aller Munde ist, muss in diesem Kreise nicht noch einmal erwähnt werden. Wir brauchen eine Vielzahl von (Förder-)Instrumenten, die die Qualitätsentwicklung in der Lehre individuell wie strukturell stimulieren.

Der Stifterverband begrüßt es deshalb sehr, dass Frau Professor Schavan in einem Interview angekündigt hat, mit den Ländern über ein Qualitätsprogramm für die Lehre zu sprechen, und der Bund bereit ist, dafür über einen Zeitraum von zehn Jahren jeweils 200 Millionen Euro

pro Jahr zu investieren. Es soll nach den Plänen der Ministerin „die größte Qualitätsoffensive für die Lehre“ gestartet werden. Zum einen gibt es Pläne, zehn Zentren für Hochschuldidaktik einzurichten und zum anderen sollen die Hochschulen aufgefordert werden, sich mit Konzepten für gute Lehre zu bewerben.

Im Mai 2010 wird zum ersten Mal der Qualitätszirkel exzellente Lehre zusammentreffen. Er ist zusammengesetzt aus den Finalisten zweier Wettbewerbe, zum einen dem Wettbewerb exzellente Lehre der Kultusministerkonferenz und des Stifterverbandes sowie den Gewinnern aus der Initiative „Bologna – Zukunft der Lehre“, eines gemeinsamen Projektes der VolkswagenStiftung und der Stiftung Mercator. Die in beiden Wettbewerben präsentierten Konzepte für gute Lehre sollen hier weiterentwickelt und verallgemeinert werden, sodass sie dann auch anderen als mögliche Vorbilder zur Verfügung stehen.

Vornehmste Aufgabe wird es sein, eine Charta für gute Lehre zu erarbeiten, übrigens ein Desiderat, das der Wissenschaftsrat unter Professor Strohschneider schon 2008 in der öffentlichen Debatte aufgestellt hat. Die Charta soll aus mehreren Abschnitten bestehen und sich mit unterschiedlichen Themen beschäftigen wie beispielsweise Personalentwicklung, Beratung und Betreuung von Studierenden, Einbeziehung von Studierenden in Fragen der Lehre, Förderung von Innovationen in der Lehre bis hin zur Entwicklung neuer Methoden, die dann auch technische Möglichkeiten ganz anders nutzen als bisher.

Damit scheint die Vision einer ‚Deutschen Lehrgemeinschaft‘ immer mehr in greifbare Nähe zu rücken. Denn ein Fazit aller erkennbaren Aktivitäten und Debatten ist, dass eine Projektförderung aus Drittmitteln anhand transparenter Kriterien nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Lehre möglich ist und einen Beitrag zu einer kontinuierlichen Qualitätsentwicklung in diesem Arbeitsbereich der Hochschulen leisten kann. Inwieweit eine Institutionalisierung der Drittmittelförderung nach dem Vorbild der Forschungsförderung wie in der DFG oder, um mal ein Vorbild aus dem Ausland zu zitieren, auch der Higher Education Academy in Großbritannien sinnvoll und wünschenswert ist, wird sicherlich die weitere Entwicklung zeigen.

Im Wettstreit um mehr Qualität in der Lehre ist der Ars legendi-Preis ein Mosaikstein. Unser gemeinsames Ziel von Hochschulrektorenkonferenz und Stifterverband ist es, einen deutschen Lehrpreis zu etablieren. Wir glauben, dass wir diesem Ziel mittlerweile ein Stückchen näher gekommen sind, wenn man jedenfalls die Resonanz auf diesen Preis als Messlatte nimmt. Es hat den Anschein, dass ein Lehrpreis anders, als immer wieder behauptet wird, durchaus auch bei der Berufung von Professoren ein Kriterium sein kann. Die erste Preisträgerin Frau Sigrid Harendza, die 2006 gemeinsam mit Herrn Professor Putz mit dem Ars legendi-Preis ausgezeichnet wurde, erhielt zum 1. Februar 2010 an der Medizinischen Fakultät in Hamburg eine Professor für Innere Medizin/ Ausbildungsforschung und -entwicklung. Eine solche Widmung speziell zu diesem Zweck ist bislang einzigartig in der Bundesrepublik. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Lehrprofessur, sondern Frau Harendza wird ausdrücklich auch weiterhin klinisch arbeiten und forschen.

Die Hochschulrektorenkonferenz und der Stifterverband streben neben der jährlichen Verleihung dieses Preises eine Verstetigung für die einzelnen Teildisziplinen, für einzelne Fächer und Fächergruppen an. Bislang konnten wir konkrete Vereinbarungen für die Medizin sowie die Ingenieurwissenschaften und die Informatik schließen. Der Ars legendi-Fakultätenpreis Medizin wurde im Frühjahr 2010 gemeinsam vom Stifterverband und dem Medizinischen Fakultätentag zum ersten Mal ausgeschrieben. Für die Ingenieurwissenschaften ist ein ähnlicher Preis in Vorbereitung. Hier zeigt sich, dass die einzelnen Fakultäten durchaus sehen, wie wichtig es ist, in ihrer jeweiligen Teildisziplin dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen und durch Wettbewerbe wie diesen die Debatte dazu aufrechtzuerhalten.

Der Ars legendi-Preis wird in diesem Jahr zum fünften Mal vergeben. Er ist mit einem Preisgeld von 50.000 Euro dotiert und wird für verschiedene Fächergruppen vergeben, dieses Jahr an die Geisteswissenschaften.

Ich will kurz die Zielsetzung zusammenfassen, wie wir sie mit der HRK vereinbart haben. Zunächst soll der Preis die Bedeutung der Hochschullehre für die Ausbildung des akademischen Nachwuchses deutlich sichtbar machen. Er soll zudem einen karrierewirksamen Anreiz

schaffen, sich in der Hochschullehre zu engagieren und sie über den eigenen Wirkungsbereich hinaus zu fördern. Zusätzlich soll die Qualität der Lehre als zentrales Gütekriterium für Spitzenhochschulen etabliert und auch als strategisches Ziel für Qualitätsmanagement in den Hochschulen profiliert werden. Im nächsten Jahr wird er dann für die Mathematik und die Naturwissenschaften vergeben.

Ich danke an dieser Stelle sehr herzlich der Hochschulrektorenkonferenz. Wir arbeiten hier sehr gut zusammen und haben vor fünf Jahren eine gemeinsame Idee entwickelt, die diesen Prozess über die Qualität der Lehre am Ende ein Stück weit mit initiiert hat.

Ich gratuliere schon jetzt ganz herzlich dem diesjährigen Preisträger, Herrn Professor Grünzweig. Besonders beeindruckend fand ich das Leitmotiv seiner Lehre, nämlich unterschiedliche kulturelle Hintergründe der Studierenden in einer Lehrveranstaltung nutzbar zu machen, produktiv einzusetzen, statt sie nur als Defizit und als Hemmnis für die Lehre zu betrachten. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt im Übrigen der Stifterverband mit seiner Initiative „Ungleich besser – Verschiedenheit als Chance“. In dieser Initiative wollen wir gemeinsam mit ausgewählten Hochschulen Strategien und konkrete Maßnahmen entwickeln, wie man Diversität an Hochschulen positiv nutzen kann, sodass die Verschiedenheit der Studierenden, die wir immer mehr beobachten, ihre unterschiedlichen Voraussetzungen, verschiedenen Zugänge, ihre unterschiedlichen Begabungen als Chance begriffen werden und die damit sich eröffnenden Potenziale ausgeschöpft werden. Bis zu zehn Hochschulen, die sich bereits intensiv mit dem Thema Diversität in verschiedenen Facetten befassen, werden in einer Gruppe, neudeutsch Benchmarkingclub, zusammenarbeiten, ihre Erfahrungen austauschen und die Grundlagen und Kriterien für Beurteilungsmaßstäbe in diesem Feld erarbeiten, in der Hoffnung, dass sie diesen Prozess auch am Ende dann selber durchlaufen.

Das außerordentlich engagierte und vielschichtige Wirken von Herrn Professor Grünzweig ist ein sehr schönes Beispiel für diesen Prozess an deutschen Hochschulen. Wir werden gleich die Laudatio hören von einer Studentin der Sprach- und Kommunikationswissenschaften an der RWTH

Aachen, Frau Karina Berenzen. Sie ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit des AstA und war studentisches Mitglied in der Jury des diesjährigen Preises. Sie wird uns die Arbeit von Herrn Professor Grünzweig ein wenig näher bringen. Ich darf Ihnen schon jetzt ganz herzlich gratulieren, Herr Professor Grünzweig, und mache das Podium frei für Frau Berenzen. Vielen Dank.

Laudatio

Karina Berenzen

Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Mitglied der Jury

Liebe Frau Professor Wintermantel,
lieber Herr Professor Markschies,
lieber Herr Professor Schlüter,
meine sehr geehrten Damen und Herren, und vor allem:
lieber Herr Professor Grünzweig,

was ist für mich gute Lehre? Was ist ‚ausgezeichnete‘ Lehre? Denn heute wird besonders gute Lehre in den Geisteswissenschaften ausgezeichnet. Ich mache es mir einfach: Gute Lehre ist Lehre, die mich begeistert, die mich anzieht, Energien freisetzt, mich in Bewegung setzt. Wahrscheinlich erinnern sich viele von uns an solche Erlebnisse im Studium. Hoffentlich haben viele von uns so etwas erlebt. Ich selbst durfte die Erfahrung machen, eine Veranstaltung zu einem Fach zu besuchen, das mir einigermaßen fern lag. Ich hatte keinen wirklichen Zugang zu diesem Thema und bin recht ungern zur Veranstaltung gegangen. Dabei wäre es wohl geblieben, wenn mir nicht ein besonderer Lehrender begegnet wäre, der mir Zugänge eröffnet hat, zum einen durch seine eigene Begeisterung für dieses Fach und die Fähigkeit, diese Begeisterung weiter zu geben, aber auch durch Bezüge zum Alltag und zur Gegenwart. Er hat uns Studierende einbezogen. Er hat deutlich gemacht, wie spannend das Thema für mich ist, und konnte mich so begeistern.

Ein guter Lehrender hat ein inneres Feuer. Er brennt für sein Thema, und vor allem – erst das macht ihn von einem begeisterten Wissenschaftler zu einem guten Lehrenden – er kann dieses Feuer weitergeben. Er berichtet nicht nur aus seinem Fach, sondern er löst etwas in den Studierenden aus. Sie wollen mehr wissen, wollen lernen, wollen etwas tun in diesem Fach. Sie machen die Erfahrung, welchen Gewinn das Studium bedeutet, und genau das wird sie sehr weit bringen.

Lieber Herr Professor Grünzweig,
als Ihre Studierenden Sie für den Ars legendi-Preis vorgeschlagen haben, haben sie zuallererst gesagt, dass Sie genau dieses innere Feuer haben. Sie spüren dieses Feuer in Ihren Veranstaltungen. Sie sagen, dass das für sie entscheidend ist, selbst Begeisterung zu entwickeln und sich im Fach, im Studium zu engagieren. Sie sind begeistert von der Amerikanistik und von der Auseinandersetzung mit Interkulturalität, die ein ganz zentrales Element Ihrer Lehre und Ihres Engagements ist. Damit verschaffen Sie, Herr Professor Grünzweig, den Studierenden ganz entscheidende Erfahrung für ihr Studium und für ihre persönliche Entwicklung. Das ist keineswegs selbstverständlich, und das hat mich für den Vorschlag Ihrer Person sehr eingenommen.

Die Jury, deren Mitglied ich war, hat in ihrer Begründung gesagt:
„Der Ars legendi-Preis für exzellente Hochschullehre des Jahres 2010 in den Geisteswissenschaften wurde Prof. Dr. Walter Grünzweig zuerkannt, habilitierter Amerikanist und Komparatist und Lehrstuhlinhaber für amerikanische Literatur und Kultur an der Technischen Universität Dortmund. Die Jury zeigte sich sehr beeindruckt von dem außerordentlich engagierten und vielschichtigen Wirken von Prof. Grünzweig. Sowohl seine fachwissenschaftliche Lehre als auch seine Beiträge zur Entwicklung der neuen Studiengänge, in der Fakultät und aktuell als Prorektor Studium der TU Dortmund, finden höchste Anerkennung. Insbesondere die Studierenden zeigen sich regelrecht begeistert, weil sich ihnen die Leidenschaft von Prof. Grünzweig für sein Fach und seine Lehre vermittelt. Durch die Betonung der interkulturellen Begegnung in Lehre und Studium gibt er der geisteswissenschaftlichen Lehre eine besondere und höchst aktuelle Relevanz. Die Jury ist zuversichtlich, dass die Auszeichnung seines Einsatzes in der Lehre und für die Lehre einen regen und inspirierenden Widerhall in der Wissenschaft finden wird.“

Im Namen der Jury, lieber Herr Professor Grünzweig, darf ich Ihnen sehr, sehr herzlich gratulieren zum Ars legendi-Preis für exzellente Hochschullehre im Jahr 2010 in den Geisteswissenschaften!

Die Entscheidung der Jury war zunächst nicht ganz einfach, und wir blieben nicht verschont von der Frage, was eine Geisteswissenschaft ist.

Die Ausschreibung hatte das bewusst offen gehalten. Und in der Tat ist die hermeneutische Methode ebenso wenig ein scharfes Kriterium, wie eine klare Abgrenzung von den Sozialwissenschaften möglich ist. Gerade aus den Grenzbereichen zu anderen Fächergruppen kamen sehr spannende Vorschläge. Noch in der engsten Auswahl waren Vorschläge aus der Amerikanistik, der Germanistik und den Kommunikationswissenschaften. Letztlich ging es aber in der Entscheidung nicht mehr darum, sondern um eine Persönlichkeit, ihr Lehrkonzept und ihr wirkungsvolles Engagement.

Leitmotiv der Lehre von Professor Grünzweig und seinem Team ist es, unterschiedliche kulturelle Hintergründe der Studierenden in einer Lehrveranstaltung nutzbar und produktiv zu machen. Die Internationalität auf dem Campus ist ein großes Potenzial und kein Defizit oder Hemmnis für die Lehre. Zum Beispiel das Konzept des ‚intercultural classrooms‘: Studierende setzen sich mit literarischen Texten auseinander und tauschen sich über ihre Perspektiven aus. Sie entdecken, wie unterschiedlich ihre Rezeption ist und wie dies über ihre unterschiedlichen kulturellen Hintergründe zu erklären ist. Dieses Konzept setzen Professor Grünzweig und andere in deutsch-amerikanischen Gruppen um, zum Teil auch über Videokonferenzen mit amerikanischen Hochschulen. Es wird auch für andere Fächergruppen genutzt. So lernen angehende Dortmunder Ingenieure im ‚intercultural classroom‘, ihr Fach im kulturellen Kontext zu sehen, indem sie beispielsweise unterschiedliche Haltungen zur Technik analysieren.

Ein anderes Beispiel: Das Programm ‚Dortmund Double‘ führt Dortmunder und US-amerikanische Studierende paarweise zusammen. Es verschafft so deutschen Studierenden auch ohne Auslandsaufenthalt internationale Erfahrungen im Sinne einer ‚Internationalization at home‘. Das ist wichtig, weil nicht alle Studierenden die Möglichkeit zum Auslandsaufenthalt haben, sei es aus persönlichen Gründen, weil die Studienfinanzierung es nicht hergibt, oder weil ihre Studiengänge es ihnen schwer machen.

Als Prorektor der TU Dortmund ist Professor Grünzweig seit 2008 verantwortlich für Studium, Lehre und internationalen

Studierendenaustausch. Er entwickelt Interkulturalität auf der Grundlage der genannten Konzepte zum Profilelement seiner Universität. Dabei soll künftig noch stärker der Migrationshintergrund vieler Studierender genutzt werden. Die Fachschaft berichtet, dass Professor Grünzweig gerade Türkisch lernt, um selbst auch besseren Zugang zu diesem kulturellen Hintergrund zu bekommen.

Den Studierenden gibt Professor Grünzweig in seiner Lehre eine sehr aktive Rolle, denn sie erarbeiten sich aktiv Inhalte, Einsichten und Sichtweisen. Darauf lässt er sich ein. „Jede Veranstaltung scheint ein Unikat zu sein“, schreibt die Fachschaft. Die Studierenden wirken – ganz im Sinne ‚forschenden Lernens‘ – ganz unmittelbar an Wissenschaft und Forschung mit, und daraus entstehen beachtliche Produkte: Studierende sind immer wieder Mitherausgeber von Übersetzungen oder Mitorganisatoren von Tagungen, die aus den Lehrveranstaltungen entstehen. Gerade in den neuen Studiengängen sollte es viel öfter gelingen, Fachwissenschaft und überfachliche Kompetenzen so zu verbinden. Gleichzeitig sucht Professor Grünzweig aktiv und schon seit Langem Rückmeldungen der Studierenden, um seine Lehre weiterzuentwickeln, auch im persönlichen Gespräch. Das ist eine partnerschaftliche Haltung, die die Studierenden ausdrücklich loben und die Professor Grünzweig als Prorektor, etwa im Rahmen des Bildungsstreiks, fortsetzt. Das ist heute mehr denn je essenziell für eine Hochschule und auch für die Qualität der Lehre: Gute Lehre braucht den persönlichen Bezug zu den Studierenden, auf allen Ebenen: In der Lehrveranstaltung, in der Planung von Studiengängen und auf der Ebene der gesamten Hochschule!

Lieber Herr Professor Grünzweig,
ich freue mich, dass wir Ihnen mit diesem Preis eine Anerkennung für Ihr großes Engagement zukommen lassen konnten. Sicher auch stellvertretend für Ihr Team und für viele andere, engagierte Lehrende in den deutschen Hochschulen. Ich wünsche Ihnen, und auch das im Namen der gesamten Jury, weiterhin die Energie und die Kontaktfreude, die Ihre Lehre auszeichnen! Herzlichen Glückwunsch zum Ars legendi-Preis für exzellente Hochschullehre im Jahr 2010 in den Geisteswissenschaften!

Dankesrede des Ars legendi-Preisträgers

Professor Dr. Walter Grünzweig

Technische Universität Dortmund

Sehr geehrte Frau Präsidentin Wintermantel,
sehr geehrter Herr Präsident Schlüter,
meine Damen und Herren,

mit großer Überraschung und Freude erhielt ich vor einigen Wochen die Nachricht, dass den Amerikanisten und Amerikanistinnen der Technischen Universität Dortmund in meiner Person der Lehrpreis Ars legendi verliehen wurde. Ich verstehe diese hohe Auszeichnung als Anerkennung eines Teams, einer großen Gruppe von Menschen, die an dem Konzept der interkulturellen Lehre viele Jahre gearbeitet haben. Ich freue mich, dass heute meine Kollegin Julia Sattler stellvertretend für dieses Team in Berlin anwesend ist. Die Nominierung kam von den zwei Fachschaften der Studiengänge Anglistik/Amerikanistik sowie Angewandte Literatur-, Kultur- und Sprachwissenschaften, und das ist kein Zufall, denn was wir geschaffen haben, ist nur mit unseren Studierenden möglich gewesen, in Kooperation mit ihnen. Als Vertreterinnen der Fachschaften sind Christina Aline Neuhaus und Jessica Sniezyk mit nach Berlin gekommen. Gemeinsam mit der natürlich hier anwesenden Rektorin unserer Universität, Ursula Gather, versuchen wir das, was wir im Kleinen im Fach erreicht haben, in die Universität als Ganzes zu tragen. Im Bewusstsein dieser umfassenden Kooperation zu Hause sage ich heute hier in Berlin der Hochschulrektorenkonferenz und dem Stifterverband herzlichen Dank für diesen Preis.

Was wir getan haben, ist vor allem folgerichtig. Wir haben die Forderungen nach einer umfassenden Internationalisierung der Hochschule ernst genommen. Diese durfte sich nicht auf quantitative Indikatoren beschränken. Es geht nicht primär darum, die Zahl der Austausch- und Regelstudierenden im Incoming- und Outgoingbereich zu erhöhen. Sondern es geht auch und vor allem darum, die internationalen und interkulturellen Ressourcen des Campus zu nutzen, im Sinne einer

umfassenden ‚Internationalization at Home‘. Und es geht noch mehr darum, Lehrveranstaltungen und Curricula zu internationalisieren.

In unseren ‚Intercultural Classrooms‘ lernen Studierende verschiedener kultureller Herkunft voneinander und miteinander. Dortmunder und U.S.-amerikanische Austauschstudierende lesen gemeinsam deutsche und amerikanische Ethnokrimis, untersuchen Hip-Hop im transatlantischen Kontext, oder stellen türkisch-deutsche neben hispanisch-amerikanische Literatur. Sie analysieren den Stellenwert deutscher Kultur in der amerikanischen, vergleichen Probleme des deutschen und des amerikanischen Gesundheitswesens oder untersuchen die Figur Arnold Schwarzeneggers als Bodybuilder, Schauspieler und Politiker zwischen Europa und den Vereinigten Staaten.

In jedem Fall bringen die internationalen Lerngruppen ihr je eigenes kulturelles Gepäck in diesen ‚Intercultural Classroom‘. Sie integrieren ihr Wissen, ihre spezifische Erfahrung und ihre besonderen Geschichten in diese Lehrveranstaltungen. Ihre Präsenz eröffnet der Lehre zusätzliche Möglichkeiten. Die internationalen Studierenden stellen intellektuelle und kulturelle Ressourcen und nicht Hindernisse dar. Und das bei Weitem nicht nur in den Geistes- und Kulturwissenschaften, wie etwa das Beispiel von „Culture and Technology“ in Dortmund zeigt, einer kulturwissenschaftlich-sprachpraktischen Veranstaltung für den Maschinenbau unter Einbezug von Austauschstudierenden.

Perspektivisch sind wir dabei, diese Erfahrungen auf die große Zahl Dortmunder Studierender mit anderem ethnischen Hintergrund zu erweitern – ob türkischer, russischer, italienischer oder anderer Herkunft. ‚Diversity‘ erfordert auch eine neue Hochschullehre und nicht nur das, was oft unter ‚Diversity Management‘ missverstanden wird. Andersheit bereichert nicht nur Campus und Mensa, sondern auch unsere Lehrveranstaltungen und unsere Wissenschaftskulturen.

Meine Damen und Herren, der Weg zu unserem Projekt führte über ein Verständnis von Lehre und Lernen als kommunikativem Erlebnis, ja als Dialog, im Sinne von Martin Buber. Als Modell eines studierendenzentrierten Handelns wird heute gerne die Beziehung von

Kunden und Verkäufern genannt. Das scheint im Zeitalter der Studiengebühren zunächst gerechtfertigt zu sein: Angebot und Nachfrage regeln das Verhältnis von Universität und Professoren und Professorinnen einerseits und Studierenden andererseits. Die Gültigkeit dieses Bilds ist jedoch fragwürdig. Die globale Finanzkrise oder die telefonischen Endlosschleifen beim ‚Konsumentenservice‘ weisen auf die Brüchigkeit der Metapher. Und auch ein emanzipatorisch klingendes Wort wie Studierendenzentriertheit ist problematisch, denn es verläuft nur in einer Richtung und stellt keinen Dialog dar. Die Verschiebung der Lehre von teaching zu learning stärkt nicht automatisch die Position der Studierenden. Allzu oft werden sie beim learning alleingelassen, wie die Kunden eines Möbelherstellers mit ihren Schrauben und Muttern und Anleitungen ohne Worte.

Dialog erfordert, wieder nach Martin Buber, vertrauensvollen Austausch, Öffnung, zwischen Du und Ich, zwischen Wir und Ihr. Die Zwiesprache, das dialogische Prinzip, der Perspektivenwechsel sind es, die unserer Meinung nach das Wesen der Beziehung von Studierenden zu Lehrenden und von Studierenden untereinander ausmachen und deshalb sehen wir gerade die Aufgabe des internationalen Bildungsaustauschs mit William Fulbright vor allem als Fähigkeit, verstehen zu lernen, die Welt so zu sehen, wie die jeweils anderen sie wahrnehmen.

Eine solche Zwiesprache, die im Sinne Bubers existentiell ist, ist nur zwischen Menschen möglich, die einander in einem Raum gegenüber sitzen und damit begegnen. Ich bin voller Bewunderung für die Fähigkeit vieler Kollegen und Kolleginnen, den technischen Fortschritt in die universitäre Lehre einzubringen und so didaktischen Mehrwert zu schaffen. Dort, wo der Dialog von der Technik unterstützt wird, versuchen auch wir, diesen zu nutzen – etwa bei Videokonferenzschaltungen zwischen Studierendengruppen, die räumlich weit voneinander entfernt sind. Wir haben Seminare mit transatlantischen Partnern und Partnerinnen organisiert, deren interkultureller Mehrwert ungeheuer war und keinen Tropfen Kerosin gekostet hat.

Wir brauchen aber auch eine Hochschuldidaktik des Verzichtenkönnens. Es gibt Lehrveranstaltungen, bei denen Powerpoint, Website und Chat

unnötig oder sogar kontraproduktiv sind. Reden wir uns nicht ein, dass die Qualität unserer Lehre mit der Verwendung von Unterrichtstechnik automatisch steigt! Die Technik zwingt uns vielmehr, nachdrücklich zu demonstrieren, warum und auf welche Weise das, was in den vier Wänden eines Seminarraums geschieht, nicht ersetzbar ist, auch nicht durch E-Learning, so bedeutend dessen Potenziale auch sind. Teaching technology is a fundamental challenge to teaching. Wenn der Inhalt einer Veranstaltung ohne Schwierigkeiten konserviert und ohne Verlust wiedergegeben werden kann, muss ich mich als Lehrender fragen, was denn nun mein eigener Mehrwert ist, den ich in meine realen Seminare bringe, *face-to-face*, in der andere Menschen anwesend sind, mit im Raum sitzen, mit atmen, mit denken, mit fiebern, mit einander reden und mit einander Neues schaffen. Etwas muss geschehen in solchen Lehrveranstaltungen, etwas Unverwechselbares, etwas Anderes, etwas Nachhaltiges – sonst wird ihre Berechtigung und damit die Universität, wie wir sie kennen, in Frage gestellt werden.

Meine Damen und Herren, es ist richtig schön, dass wir diesen Preis erhalten haben, denn wir werden für die Dinge, die die Jury so positiv hervorgehoben hat, vom System her nicht belohnt. Die Zeit, die wir uns nehmen für den Dialog, die extra Veranstaltungen des Typus ‚Forschendes Lernen‘, unsere interkulturellen und interdisziplinären Seminare, laufen der Logik dieses Systems zuwider. Wir erhalten unser Geld vor allem dafür, dass wir möglichst viele Studierende möglichst schnell durch stromlinienförmige Curricula in Designerstudiengängen führen, die durch Verlaufspläne schon vorab auf ihre Gleitfähigkeit geprüft wurden. Und weil wir im Grunde wissen, dass wir das tun, dass wir Qualität im eigentlichen Sinn dadurch nicht mehr garantieren können, versuchen wir unser schlechtes Gewissen durch Rankings, Akkreditierungsverfahren und Qualitätsmanagementsysteme zu betäuben, die auch wieder nur Zahlen und Formales erfassen können, aber nicht das, was doch eigentlich das Wesentliche in der Lehre ausmachen sollte. Ein Teufelskreis, denn die Zeit, die wir dafür aufwenden, fehlt uns dann noch zusätzlich für einen substanziellen Unterricht.

Die Strukturähnlichkeit zur Medizin ist geradezu homologisch: Wo bleibt die Zeit für die einzelnen Patienten und Patientinnen? Wo die Zeit für die einzelnen Studierenden? Wo sind noch Zeit und Ort für Innehalten und Nachdenken, für die Entwicklung von Fragestellungen, oder gar Gespräch? Wäre nicht Problemorientierung besser als Kompetenzorientierung? Wie sonst sollen wir das, was wir in unserer Forschung als Problem erkennen, in unsere Lehre einbringen? Ich sehe nicht wirklich einen Vorteil darin, dass Studierende möglichst schnell ihren Abschluss erhalten. Manches in der Wissenschaft, und nicht nur in den Geisteswissenschaften, braucht Zeit, um intellektuell zu reifen. Kreativität und Innovation entstehen nicht durch *Soft Skills*. Ich kann die Fähigkeit, die fünfhundert Seiten von Herman Melvilles Roman Moby Dick zu verstehen, und das sage ich als Inhaber eines Bachelor-Grades, nicht in Credit Points messen, seien es 30 oder 22.5 Stunden pro Credit. Auch die Relevanzprüfung dieser Lektüre wird nur schwer zu erbringen sein. Unsere Studierenden wollen gefordert werden, gefordert und herausgefordert, das haben uns unsere Fachschaften mit dieser Nominierung auch eindrücklich zum Ausdruck gebracht und es ist eine Einsicht, die in der konfusen Diskussion um die Belastung der Studierenden im letzten Herbst zu kurz gekommen ist. Letztlich geht es darum, dass wir unsere Studierenden als intellektuelle Partner und Partnerinnen ernst nehmen.

Weil der Ars legendi-Preis in diesem Jahr in den Geisteswissenschaften verliehen wird, möchte ich das hervorheben, was dieser Bereich gerade im Zeitalter der Dominanz von Effizienz und Ökonomie der gesamten Wissenschaft liefern muss: Kritikfähigkeit, Reflexion, Diskursbewusstsein, Subversion. Zu wenige von uns trauen sich, die Systeme der Sachzwänge, in denen wir uns gefangen glauben, grundlegend in Frage zu stellen. Das genau ist die Aufgabe der geisteswissenschaftlichen Lehre, und der interkulturellen zumal: in der Universität Dinge neu zu denken – und zwar ganz. Vielleicht würde das der Bedeutung des Worts Benchmarking, nämlich „Maßstäbe setzen“, neue Maßstäbe, Gültigkeit verschaffen.

Preise wie dieser, aber auch die neue Orientierung der Exzellenzinitiative, zeigen, dass Lehre zum Thema geworden ist, zu einem neuen Thema. Ich danke der HRK und dem Stifterverband für den Respekt, der für die

Hochschullehre durch diesen Preis erzeugt wird. Ich würde mich freuen, wenn sie dadurch genug Eigengewicht erhielte. Es darf nicht darum gehen, ‚gute‘ Lehre zu sagen, aber ökonomische, effiziente, preiswerte Lehre zu meinen. Gute Lehre muss ein Vor-Wurf für das Fach sein und die gesamte Universität. Sie – und ganz besonders international orientierte Lehre – muss provozieren. Sie muss, aus der Forschung ihre Energie beziehend, auch auf diese zurückwirken. Forschung und Lehre sind kein Gegensatz, sondern bedingen einander. Lehre muss unseren Studierenden ihre wissenschaftlichen Fächer näher bringen.

Damit Lehre sich in diesem Sinne emanzipieren kann und nicht sekundären Zwängen ausgesetzt ist, brauchen wir eine intellektuelle Hochschuldidaktik, fachbezogen und fachübergreifend zugleich. Wir haben vieles von dem, was wir in Dortmund erreicht haben, zusammen mit unserem großartigen Hochschuldidaktischen Zentrum entwickelt, das sich einerseits auf die Fächer eingelassen hat – gerade jüngst bei uns etwa durch das im Rahmen des Wettbewerbs der Mercator Stiftung und VolkswagenStiftung ermöglichte Kompetenzzentrum in der Lehre der Ingenieurwissenschaften – andererseits aber auch eine fachübergreifende Perspektive eingenommen hat. Ich glaube, es wäre an der Zeit, wie etwa in Großbritannien die Academy of Higher Education, eine Einrichtung auf nationaler Ebene zu schaffen, eine Nationale Akademie für wissenschaftliches Lehren und Lernen etwa, die mit helfen könnte, die Entfremdung von Forschung und Lehre zu überwinden und gerade durch eine am Wesentlichen orientierte wissenschaftlich basierte Hochschuldidaktik das dialogische Prinzip zwischen Studierenden und Lehrenden an unseren hohen Schulen zu retten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Schlusswort

Professor Dr. Margret Wintermantel

Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz

Vielen Dank, Herr Professor Grünzweig!

Auch Ich gratuliere Ihnen noch einmal sehr herzlich! Ich bin wirklich beeindruckt von Ihren Ausführungen, von der Internationalisierung des Studiums im besten Sinne, von Ihrer Ansprache der Studierenden und von dem Akzent auf der Persönlichkeitsentwicklung, der damit unweigerlich verbunden ist. Ich wünsche Ihnen weiterhin soviel Energie und Freude in Ihrer Tätigkeit!

Meine Damen und Herren,
der Regierende Bürgermeister erwartet uns nun alle im Roten Rathaus zu einem Abendempfang. Wir brechen gemeinsam auf, der Fußweg wird etwa zehn Minuten dauern.
Vom Roten Rathaus werden wir spätestens um 20.00 Uhr wieder aufbrechen. Denn um 20.15 Uhr dürfen wir hier, in diesem Saal, das Nachtkonzert erleben, das die Preisträger des Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Wettbewerbs der Musikhochschulen für uns geben. Es spielt das Parthenon-Duo. Die beiden Musiker studieren an der Hochschule für Musik und Theater in Hannover.

Meine Damen und Herren,
dann brechen wir jetzt zum Empfang im Roten Rathaus auf.

Vielen Dank!